



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**



Foto: Zejko Luknic

FLUCHT!

Flüchtlinge bei Brezice in Slowenien auf dem Weg zum Grenzübergang nach Österreich (Oktober 2015)

Die Herausforderung bewältigen

Die Unruhe wächst, der Ton wird rauer, die politischen Kontroversen nehmen an Schärfe zu. Politik und Gesellschaft in Deutschland und Europa stehen vor Herausforderungen, die möglicherweise die des deutschen Einigungsprozesses noch übertreffen. Es sind jedoch bisher beherrschbare Situationen und Aufgaben, deren Bewältigung auch über die nächsten Monate hinaus im Bereich unserer politischen Gestaltungsmöglichkeiten liegt.

Die Epochendramen spielen sich anderswo ab: 59,5 Millionen Flüchtlinge weltweit, davon 38,2 Millionen Binnenflüchtlinge – so stellte sich nach den Angaben des UNHCR, des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen, Ende 2014 die Situation dar, die schlimmste seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Laufe des Jahres 2015 hat sich die Lage weiterhin verschärft. Bis Ende Oktober sind allein aus Syrien mehr als 4,1 Millionen Menschen geflohen.

Den normativen Rahmen zum Umgang mit Flüchtlingen setzen internationale Konventionen, allen voran die Genfer Flüchtlingskonvention. Nach ihr sind Flüchtlinge Menschen, die ihre Heimat verlassen, weil sie wegen ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung verfolgt sind. Ihnen soll im Land ihres Aufenthaltes Schutz gewährt werden.

→ weiter auf [Seite 3](#)



Foto: Ahmed Muhammed Ali



Foto: Miro May



Foto: Heinrich Pützler

Schwerpunkt Flucht und Migration

- Klimaflüchtlinge → [Seite 5](#)
- Situation in Syrien → [Seite 6](#)
- Situation in Deutschland/NRW → [Seite 8/10](#)

Internationales

- 2030-Agenda der UN → [Seite 12](#)
- Rezension: Poor Economics → [Seite 17](#)
- Netzwerk „The Global Experience“ → [Seite 22](#)

NRW

- Biber in Nordrhein-Westfalen → [Seite 14](#)
- KlimaExpo.NRW → [Seite 16](#)
- Organisationsporträt LNU → [Seite 20](#)



Ein Willkommensbanner für Flüchtlinge in Dortmund am 6. September

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die spontanen positiven Reaktionen eines großen Teils der deutschen Bevölkerung auf die vielen, täglich neu ankommenden Flüchtlinge ist eine großartige und beglückende Erfahrung, die Hoffnung macht. Die jahrzehntelangen Bemühungen vor allem vieler zivilgesellschaftlicher Akteure um Humanität, Interkulturalität und Weltoffenheit haben unsere Gesellschaft verändert. Wir können zuversichtlich sein, dass das Engagement dieses Teils unserer Gesellschaft für eine Willkommenskultur weiter anhält. Es wird uns auch helfen, jenen großen Teil der neu zu uns gekommenen Menschen zu integrieren, die auf Dauer hier bleiben werden.

Trotzdem werden wir weiter von den entgegengesetzten Reaktionen herausgefordert. „Paris ändert alles“ sagt Markus Söder, bayerischer Finanzminister, einen Tag nach den Anschlägen in Paris. Und: „Die Zeit unkontrollierter Zuwanderung und illegaler Einwanderung kann so nicht weitergehen.“ Die damit gezogene Verbindung zwischen den Anschlägen und den Flüchtlingen ist eine bössartige Denunziation der Menschen, die vor Krieg, Terror und unerträglichen Lebensverhältnissen fliehen. Diese Menschen suchen natürlich auch materiell ein besseres Leben als in den zerbombten und terrorisierten Städten und Dörfern Syriens oder in den Flüchtlingslagern der Türkei oder Jordaniens, aber sie hoffen vor allem, dass Deutschland und Europa ihr Freiheitsversprechen einlösen.

Das Diktum Söders ist eine empörende Instrumentalisierung der Opfer der Anschläge für den Versuch, eine reaktionäre Wende in der deutschen Flüchtlingspolitik zu bewirken. Es ist auch eine Bestätigung für Formationen wie Pegida oder AfD, mit denen sich derjenige Teil der Bevölkerung identifiziert, der von Ressentiments gegen Fremde oder auch von offen nationalchauvinistischen, rechtsradikalen und rassistischen Weltbildern gesteuert ist. Ein beträchtlicher Teil dieser Leute ist keinem rationalen Argument mehr zugänglich. Ihr Hass nimmt zu, ihre Bereitschaft zu gewaltsamen Übergriffen steigt. Die Zahl der Brandstiftungen in geplanten Flüchtlingsunterkünften spricht eine deutliche Sprache.

Auch in den einschlägigen Internetforen finden sich Menschen zusammen, die sich in ihren Ressentiments und Verschwörungstheorien nur noch gegenseitig bestätigen und verstärken. Andere Positionen, Kritiker ihrer Urteile kommen dort nicht mehr vor. Insofern drückt sich heute im Internet auch die Fraktionierung der Gesellschaft in verschiedene Auffassungs- und Überzeugungsgruppen aus, die miteinander nicht mehr diskursfähig sind. Alle anderen Diskursräume, Plattformen und Medien sind dann nur noch „Lügenpresse“. Ein Teil der Radikalisierung dieser Leute resultiert genau aus dieser Erfahrung des sich Einigseins in ihrem Milieu. Insofern muss man auch konstatieren, dass das Internet sein Emanzipa-

tions- und Partizipationsversprechen, seinen Anspruch auf eine selbstorganisierte Herstellung von Gesellschaftlichkeit, nicht einlöst.

Wenn uns irgendetwas in einen absoluten Gegensatz zu dem Terrorregime des sogenannten IS setzt, dann ist es das unbedingte Festhalten an der Universalität der Menschenrechte. Diese Position setzt uns aber auch in Gegensatz zu solchen politischen Vorstellungen wie denen Söders. Wir werden uns auf härtere Auseinandersetzungen einstellen müssen, um die Flüchtlinge zu schützen, aber auch, um zivilisiertes Miteinander und Humanität in unserer Gesellschaft zu verteidigen. Die Verfolgung von Beleidigungen, Volksverhetzung und Gewaltandrohungen sind originäre Aufgaben der Staatsanwaltschaft. Wir sind jedoch gut beraten, nicht in erster Linie staatlichen Instrumenten zu vertrauen. Es bleibt unsere Aufgabe, uns um die noch Erreichbaren in den fremdenfeindlichen Milieus zu bemühen und die Unverbesserlichen zu isolieren, ihnen öffentlich, am Arbeitsplatz und auch im privaten Umfeld entgegenzutreten. Wir müssen ihnen die Hegemonie über ihre Kommunikationsräume streitig machen, damit sie möglichst wenige derjenigen Zeitgenossen zu sich herüberziehen können, die unsicher und ängstlich sind angesichts des mit den Flüchtlingen auf uns zukommenden Fremden und Neuen. Das ist eine mühselige Sache und verlangt Beharrlichkeit, Geschick und auch eine gewisse Frustrationstoleranz. Aber ob innerhalb oder außerhalb des Cyberspace: Jeder Einzelne kann und sollte da, wo ihm fremdenfeindliche, rassistische, antimuslimische und nationalistische Parolen begegnen, laut und deutlich seinen Widerspruch zum Ausdruck bringen.

Nichtregierungsorganisationen mit entwicklungspolitischen, kulturellen oder sozialen Zielen, ebenso Sportvereine, Schulen, andere Bildungseinrichtungen und Museen können in ihren Städten und Gemeinden andere Akteure einladen und mit ihnen besprechen, was praktisch getan werden kann und welche öffentlichen Initiativen ergriffen werden können. Es ist ungemein wichtig, mit dem beispielhaften zivilgesellschaftlichen Engagement für die Flüchtlinge nicht nachzulassen, gerade angesichts des nahenden Winters.

Mehr denn je gilt: Engagieren Sie sich!
Ihr Eberhard Neugebohm

FLUCHT!

→ Fortsetzung von Seite 1

An der Spitze der Länder, die Menschen verlassen haben oder innerhalb derer sie geflohen sind, stehen Syrien, Irak, DR Kongo, Afghanistan und Sudan.

Fluchtursachen

Aus Syrien fliehen Menschen vor den Mörderbanden des „Islamischen Staats“, mehr aber noch vor dem nun schon vier Jahre andauernden Krieg des Assad-Regimes gegen das eigene Volk (s. Beitrag S. 6/7). Auch aus dem Irak, Afghanistan, dem Kongo, Sudan, Südsudan, Somalia und der Zentralafrikanischen Republik fliehen die Menschen vor Krieg, Terror und Perspektivlosigkeit. In Myanmar sind die muslimischen Rohingya einer Kampagne der ethnischen Säuberung durch Angehörige der buddhistischen Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt. In Eritrea herrscht eine der brutalsten Diktaturen in ganz Subsahara-Afrika.

Noch sind es nicht die prophezeiten großen Desaster des Mensch-Natur-Verhältnisses, die Völkerwanderungen verursachen: Klimawandel, Wassermangel, Landdegradation etc. Prognosen über mehrere 100 Millionen Klimaflüchtlinge beziehen sich erst auf die Jahre vor 2050 (s. Beitrag S. 5). Nein, die derzeitigen apokalyptischen Reiter sind vor allem umfassende Defizite menschlicher Sicherheit – Folgen verantwortungsloser militärischer Interventio-

nen, transnationaler Kriege, Bürgerkriege, des Staatszerfalls, religiös oder ethnisch aufgeladenen Terrors und diktatorischer Regimes.

Hinzu kommt ein internationales Staatensystem, das massenhafte Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozide zulässt. Die Vereinten Nationen sind durch die jeweiligen interessengeleiteten Einsprüche der Vetomächte des Sicherheitsrates kaum handlungsfähig. Oder die UN-Friedensmissionen sind nicht mit dem Mandat, den Waffen und den Truppen ausgestattet, die sie für eine erfolgreiche Wahrnehmung ihrer Aufgabe brauchten.

Natürlich stößt man in den Ursachenketten der großen Katastrophen auch auf Interessenkonflikte und Veränderungen ökonomischer Verhältnisse. Aber die wären durch verantwortungsvolle Politik, nationalen gesellschaftlichen und internationalen Interessenausgleich und, wenn nötig, auch durch energisches militärisches Eingreifen von hinreichend ausgestatteten Friedenstruppen zu bewältigen.

Aufnahmeländer

In der Türkei hielten sich Anfang Oktober nach der Statistik des UNHCR 2.027.000 Syrienflüchtlinge auf, im Libanon waren es 1.078.000, in Jordanien 629.000. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von Flüchtlingen, die nicht registriert wurden. Die Lasten, die diese Länder tra-

gen, kann man erst ermessen, wenn man die Flüchtlingszahlen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl setzt. Im Libanon kamen Ende 2014 bereits unfassbare 239.099 Syrienflüchtlinge auf eine Million Einwohner, in Jordanien waren es 95.297. Nach Europa kamen zwischen April 2011 und September 2015 insgesamt etwa 513.000 Syrienflüchtlinge. Auch unter Einrechnung der Flüchtlinge aus anderen Ländern sind die Herausforderungen, die wir bisher zu bewältigen hatten, nicht vergleichbar mit jenen der Nachbarländer Syriens.

Etwa 744.000 Menschen überquerten 2015 von der Türkei oder von der afrikanischen Küste aus das Mittelmeer. Die Zahl der dabei zu Tode gekommenen schätzt das UNHCR auf 3.400. In Griechenland kamen 601.000 Menschen an, allein im Oktober waren es 210.000.

Flüchtlingspolitik der EU

In der Europäischen Union haben die nationalen Binnengrenzen mit der Errichtung des Schengen-Raumes an Bedeutung verloren. Die Kontrolle der Einreise von Nicht-EU-Bürgern und ihre Begrenzung sollte damit auf die Außengrenzen verlagert werden. Bereits 1999 hat die EU das Grundkonzept eines „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS) entwickelt und 2004 weiterentwickelt. Mit ihm sollte ein einheitliches Asylverfahren mit einem unionsweit gültigen Rechtsstatus etabliert werden. Verschiedene Verordnungen und Richtlinien operationalisieren das Ganze. Mit den Verordnungen „Dublin-II“ (seit März 2003) und „Dublin-III“ (seit Juli 2013) wird unter anderem geregelt, dass derjenige Staat für die Registrierung, Erstaufnahme und schließlich das Asylverfahren zuständig ist, über den ein Asylsuchender in die EU einreist.

Die derzeitige Situation zeigt, dass das nicht funktioniert. Staaten wie Griechenland sind hoffnungslos überfordert. Mit Verweis auf „Dublin-II“ weigerten sich in den vergangenen Jahren die nördlichen EU-Staaten (auch Deutschland), Malta, Italien, Spanien, Griechenland und Ungarn bei der Bewältigung der Massen von Flüchtlingen zu entlasten.

Eines der wichtigsten Instrumente zum Schutz der Außengrenzen ist die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an



Foto: Andree Kaiser

Spielende Kinder in einem Flüchtlingslager in Syrien

→ weiter auf Seite 4

239.099

den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“, kurz „Frontex“ genannt. Sie soll unter anderem Risiko- und Gefahrenanalysen erstellen, die operative Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zur Sicherung der Außengrenzen koordinieren und ihnen bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten sowie in besonderen Stresssituationen und bei Abschiebungen helfen.

EU: Viel Technik

Zur technischen Unterstützung der Grenzüberwachung wird seit 2013 das System Eurosur („European border surveillance system“) entwickelt, bei dem Drohnen, Offshore-Sensoren, hochauflösende Kameras und Satellitensysteme eingesetzt werden. So will man laut EU „Risiken an den Grenzen Europas aufdecken“, Boote möglichst schon aufspüren, bevor sie in See stechen, und Menschen aus Seenot retten.

Im Mai 2015 hat der Europäische Rat außerdem die Einrichtung der „European Union Naval Force – Mediterranean“ (EU NAVFOR Med) beschlossen. Ihre Aufgabe ist „die Aufklärung und Überwachung von Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzen im südlichen zentralen Mittelmeer“. Dazu sollen auch Seeaufklärungstruppen eingesetzt werden. Nach Zustimmung des UN-Sicherheitsrates oder der libyschen Regierung sollen diese Truppen auch verdächtige Boote in libyschen Hoheitsgewässern auf-

bringen, mutmaßliche Schleuser festnehmen und die Boote zerstören dürfen. 20 europäische Staaten sind daran beteiligt, die Bundesmarine stellt drei Kriegsschiffe.

Ein weiteres technisches Instrument der EU ist das System „EURODAC“ zur europaweiten Registrierung und zentralen Speicherung von persönlichen Daten und Fingerabdrücken von Asylsuchenden. So will man den Missbrauch des Asylrechts verhindern, etwa die erneute Einreise bereits Abgeschobener oder den mehrfachen Leistungsbezug unter verschiedenen Namen. Die EU setzte sich dabei jedoch über datenschutzrechtliche Einwände hinweg, denn auch Polizeibehörden und andere Sicherheitsorgane können ohne konkreten Verdacht auf diese Daten zugreifen.

Wenig Solidarität

Die supranationalen Strukturen der Europäischen Union erweisen sich als bedenklich schwach. Es gelingt immer weniger, die gemeinsamen Prinzipien und beschlossenen Regelungen durchzusetzen und die Herausforderungen europäisch zu schultern.

Griechenland und die Länder des Westbalkans haben bisher vor allem versucht, die Flüchtlingsströme irgendwie nach Nordwesten weiterzuleiten. Familien mit kleinen Kindern, alte Leute, Behinderte und durch das Kriegsgeschehen traumatisierte Menschen werden gezwungen, tagelang in Dreck, Regen und Kälte und unter unmenschlichen sanitären Verhältnissen auszuharren.

Verabredungen zur Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Länder kommen nur zäh zustande und werden anschließend sabotiert. Einige Länder haben bisher nur wenige Erfahrungen mit Menschen anderer kultureller Prägung gemacht. Fremdeheit macht Angst. Nationalistische Reflexe und unverhohlenen xenophobe Reaktionen treten in vielen Ländern

in den Vordergrund. Rechtsnationale Parteien erringen mit offen fremdenfeindlichen, nationalistischen, antimuslimischen und auch anti-europäischen Ressentiments Wahlerfolge. Die Militarisierung und Technisierung auf europäischer Ebene wird national fortgesetzt durch Hunderte Kilometer lange Sperranlagen und die Massierung von Polizei und Militär an den nationalen Grenzen. All dies kann die Menschen letztlich nicht aufhalten, sondern nur ihr Leid vergrößern.

Was ist zu tun?

Die Hauptaufgabe wird in den nächsten Monaten sein, Quartiere für die Flüchtlinge bereitzustellen. Das ist ein beträchtliches Problem, besonders da in vielen Gegenden Westdeutschlands der Wohnungsmarkt sowieso unterversorgt ist. Überlegungen, möglichst viele Flüchtlinge in ostdeutschen Städten mit hohem Wohnungsleerstand unterzubringen, sind angesichts der dortigen größeren Vorbehalte und höheren Quoten an Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern sicherlich keine gute Idee. Aber in Westdeutschland stehen Millionen von Quadratmetern in Gewerbeimmobilien leer. Hamburg und Bremen haben kürzlich den Weg dafür frei gemacht, solche Immobilien beschlagnahmen zu können. Das ist in der gegenwärtigen Situation sicher ein richtiger Weg. Weitere Aufgaben sind die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge und die Organisation von Sprachkursen.

Für die Flüchtlinge ist das größte Problem sicherlich die elend lange Dauer ihrer Asylverfahren und der Zwang, in Asylunterkünften mit Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur unter sehr beengten Verhältnissen auszuharren zu müssen, in Ungewissheit und ohne Arbeit. Das wird sich nicht ohne Probleme und Konflikte vollziehen.

Im weiteren Zeithorizont wird es darum gehen, regulären Wohnraum bereitzustellen und die Integration in die Bildungssysteme und in das Arbeitsleben zu organisieren. All das wird einiges Geld kosten und von den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen Geschick, Effektivität und vor allem Geduld erfordern. Einem der reichsten Länder Europas mit einer prosperierenden Wirtschaft sollte das aber gelingen.

Eberhard Neugebohm

95.297

Syrienflüchtlinge pro 1 Million Einwohner



Zukunftsmusik?

Fluchtursache Klimawandel



Afghanistan: eines der Länder mit extremem Wassermangel

Ban Ki-moon ließ es nicht an Deutlichkeit fehlen. In einem Bericht für die Generalversammlung der Vereinten Nationen zitierte der UN-Generalsekretär 2009 wissenschaftliche Prognosen zur Zahl der klimabedingten Flüchtlinge bis zum Jahr 2050. Die Einschätzungen schwanken zwischen 50 und 350 Millionen. Der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller sprach im Juli 2014 von 200 Millionen Klimaflüchtlingen, wenn die durchschnittliche Erderwärmung nicht auf zwei Grad beschränkt werde. Und die im September 2013 in der Zeitschrift „Science“ veröffentlichte Meta-Studie „Quantifying the Influence of Climate on Human Conflict“ kam nach der Auswertung von 60 Einzelstudien zu dem Ergebnis, dass die Folgen des Klimawandels, wie Dürren, Fluten und steigende Temperaturen, die Gefahr von Konflikten und damit die Fluchtmotivation erhöhen.

Nach wie vor fliehen die meisten Menschen vor Kriegen, Terror und Perspektivlosigkeit – und gerade letztere dürfte sich durch den Klimawandel verschärfen. Ein Blick auf die Karte zum globalen Wassermangel, die das World Resources Institute im August 2015 veröffentlicht hat,

zeigt besonders akute Probleme in Ländern wie Syrien, dem Irak, Afghanistan und Eritrea – aus diesen Ländern kommen rund 40 Prozent aller Flüchtlinge, die in Deutschland vom 1. Januar bis zum 30. September 2015 einen Asylantrag gestellt haben. Ohne eine Trendwende müssten die Menschen in diesen Ländern bereits 2040 auf 80 Prozent der dort vorhandenen Wasservorräte zurückgreifen.

Wie viele Flüchtlinge aus Syrien derzeit in Jordanien leben, einem trockenen Land mit einem rasanten Bevölkerungswachstum, kann niemand genau sagen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR spricht von 630.000 Menschen, inoffizielle Schätzungen gehen von mehr als einer Million aus. Denen wird das Wasser knapp: Nach Angaben der Hilfsorganisation Oxfam stehen jedem Jordanier ohnehin nur 150 Kubikmeter Wasser pro Jahr zur Verfügung – dabei sind weniger als 500 Kubikmeter für die UNO ein Indiz für Wassermangel.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen hat 2007 in seinem Gutachten „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ Ursachen für potenzielle Kon-

flikte beschrieben, die durch eine anhaltende Erderwärmung ausbrechen können. Dazu gehören nicht zuletzt schlechte oder ausbleibende Ernten in einer auf Selbstversorgung ausgerichteten Subsistenzlandwirtschaft. In ohnehin konflikträchtigen Staaten mit großen Einkommensunterschieden und kaum vorhandener Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen könnten die Folgen des Klimawandels latente Konflikte zum Ausbruch bringen.

Für Syrien trifft dies nach der Anfang 2015 von US-Wissenschaftlern veröffentlichten Studie „Climate change in the Fertile Crescent and implications of the recent Syrian drought“ zu. So sei das Land zwischen 2007 und 2010 von einer extremen Dürre heimgesucht worden. In deren Folge seien mehr als eine Million Menschen in das Umfeld großer Städte gedrängt, und die dort entstehende Ghettoisierung und Perspektivlosigkeit habe, zusammen mit steigenden Lebensmittelpreisen und der Untätigkeit des Assad-Regimes, als Katalysator für die syrischen Unruhen gewirkt, die im März 2011 begannen.

Der Rechtsphilosoph Reinhard Merkel hat in einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 22. September 2015 prognostiziert, dass „die Folgen der Erderwärmung ein noch ruhendes, aber hohes Potential künftiger Armutsimmigranten in einem bislang ungekannten Ausmaß mobilisieren werden“. Sein Blick in die Zukunft ist pessimistisch: „Antworten? Habe ich nicht. Und jeder, der heute glaubt, er habe sie, dürfte sich irren.“ Allerdings müssten wir uns darauf vorbereiten, dass sowohl die geltenden als auch künftige Gesetze diese „Notstandslage“ nicht dauerhaft beheben könnten.

Die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks mag sich damit nicht abfinden. Im Nachrichtenmagazin „Focus“ forderte sie am 7. November 2015 die offizielle Anerkennung von Klimaflüchtlingen durch die UN. Bislang gälten diese Menschen, die aufgrund überfluteter Landstriche und riesiger Dürregebiete zu uns kämen, als Wirtschaftsflüchtlinge auf der Suche nach einem besseren Leben – nach Ansicht von Hendricks eine Denunziation. Um einen künftigen Zustrom von Klimaflüchtlingen auch nach Deutschland zu verhindern, sei eine wirksame Klimaschutzpolitik dringend geboten.

Bernd Pieper



Foto: Ahmed Muhammed Ali

Ein Vater bringt sein verletztes Kind nach einem russischen Luftangriff auf das Sukeri-Viertel in Aleppo (Syrien) in Sicherheit.

Syrien und sein verlassenes Volk

Zur Entwicklung und aktuellen Situation in Syrien

Von Kristin Helberg

Wegschauen funktioniert nicht – kein Konflikt führt uns diese Erkenntnis so deutlich vor Augen wie der syrische. Seit viereinhalb Jahren ignorieren wir in Europa weitgehend, wie aus einer friedlichen Revolution ein bewaffneter Aufstand wurde, wie ein Regime Massenvernichtungswaffen gegen die Zivilbevölkerung einsetzt, wie Syrien sich zum Schachbrett und Schlachtfeld regionaler wie internationaler Interessen entwickelt und als zerfallender Staat radikale Kräfte anlockt. Das Unverzeihliche aber ist, dass wir dabei die Menschen im Stich lassen – politisch, militärisch und humanitär.

Das rächt sich jetzt. Denn wenn wir Europäer den Syrern weder in Syrien noch in den Nachbarländern helfen und sie dort jahrelang ohne Aussicht auf eine Rückkehr oder neue Existenz lassen, dann suchen diese Menschen ihre Zukunft eben bei uns. Allein nach Deutsch-

land sind laut Innenministerium zwischen Januar und September 2015 fast 200.000 Syrer gekommen. Es sind folglich die Syrer selbst, die uns zwingen wieder hinzuschauen.

Vom Aufstand zum Stellvertreterkrieg

Syrien ist in vier Einflusszonen zerfallen, in denen 1. das Regime von Präsident Bashar Al-Assad, 2. verschiedene Rebellengruppen, 3. die PKK-nahe kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) oder 4. der selbst ernannte Islamische Staat (IS) herrschen. Aus allen vier Gebieten kommen Syrer zu uns – die meisten fliehen vor den Luftangriffen Assads, junge Männer aber auch vor den Zwangsrekrutierungen des Regimes und der PYD. Dabei ist, wer dieser Tage Europa erreicht, meist schon lange unterwegs. Als Vertriebener innerhalb des Landes

auf der Suche nach Sicherheit (7,6 Millionen Syrer), oder als Gestrandeter in den Nachbarstaaten auf der Suche nach einer Perspektive (4,1 Millionen).

Als erste flohen ab April 2011 Protagonisten der Revolution, die vom Assad-Regime beschossen, verfolgt, verhaftet und zu Tode gefoltert wurden. Für Assad waren die Demonstranten von Anfang an Terroristen und ausländische Agenten. Um diese Propaganda wahr werden zu lassen, entließ er Dschihadisten aus dem Gefängnis, schürte konfessionellen Hass und schickte Provokateure des Geheimdienstes, um den Aufstand in ein schlechtes Licht zu rücken.

Doch die anfängliche Strategie des Regimes, Aktivisten halbtot zu foltern und dann als Warnung an andere freizulassen, funktionierte nicht. Im Gegenteil. Die Brutalität machte die

Syrer nur entschlossener – für jeden getötenen Demonstranten kamen zehn neue hinzu. Bis zum Sommer 2011 weitete sich die Revolution zu einer landesweiten, aber dezentralen Bewegung aus, Millionen Syrer demonstrierten an Dutzenden von Orten. Es gab allerdings keine zentrale Führung oder Figur, die aus dem revolutionären Flickenteppich eine nationale Bewegung hätte machen können. Die größten Demonstrationen fanden nicht in Damaskus, sondern Ende Juli 2011 mit jeweils einer halben Million Menschen in Hama und Deir Al Zor statt. Hunderttausende sangen dort „oh, wie schön ist die Freiheit“ – die Revolution erreichte ihren rauschhaften Höhepunkt.

Assad fühlte sich bedroht. Er ließ die Proteste überall gezielt niederschlagen – zunächst mit Scharfschützen und Panzern, dann mit Boden-Luft-Raketen, Kampffjets, Chemiewaffen und Fassbomben. Die verheerenden Folgen sehen wir heute: Die Revolution militarisierte sich, sie wurde zu einem regionalen und internationalen Stellvertreterkrieg und sie radikalisierte sich.

Deserteure der Armee, die sich weigerten auf ihre Landsleute zu schießen, gründeten im Sommer 2011 die Freie Syrische Armee (FSA), ein loses Bündnis, dem sich viele Gruppen anschlossen, ohne dass sich eine effektive zentrale Kommandostruktur herausbildete. Wie zuvor der gewaltfreie Widerstand verlief auch die Bewaffnung dezentral. Aus dem Flickenteppich der Proteste wurde ein Flickenteppich bewaffneter Gruppen.

Allerdings waren es nicht die Gegner Assads, die als erste Hilfe von außen bekamen, sondern Assad selbst. Das Regime wurde schon frühzeitig von Iran, der libanesischen Hisbollah und Russland unterstützt, die Opposition von Saudi-Arabien, Qatar und der Türkei. Weil der Westen viel redete, aber wenig tat, gerieten die nationalen, gemäßigten Rebellen und der zivile Widerstand ins Hintertreffen.

Rebellen mit unterschiedlichen Zielen

Eine geeinte internationale Antwort auf den Syrienkonflikt gab es von Anfang an nicht, der Weltsicherheitsrat ist gespalten, die UNO gelähmt. Auch deshalb entwickelte sich der inner-syrische Aufstand zu einem Stellvertreterkrieg. Regionale und internationale Akteure helfen in Syrien denjenigen, die ihre eigenen nationalen Interessen jeweils am besten bedienen. Dabei

gibt es einen entscheidenden Unterschied. Die Unterstützer des Regimes greifen in den Krieg aktiv mit eigenen Soldaten, Söldnern, Kämpfern und eigener Luftwaffe ein. Auf der anderen Seite beschränken sich die USA und Europa auf verbale Solidarität, Finanzhilfe, militärische Ausbildung und Waffenlieferungen für die Rebellen, die stets halbherzig bleiben. Luftangriffe fliegt der Westen nur gegen den IS.

Die Schwäche der gemäßigten Kräfte nutzen islamistische Gruppen, die seit Anfang 2013 an Einfluss gewinnen. Für den westlichen Beobachter sehen sie alle gleich aus – radikal, islamistisch, dschihadistisch. Aber es gibt Unterschiede. Vor allem zwischen syrischen und ausländischen Kämpfern. Syrischen Gruppen geht es – egal ob sie in unseren Augen „gemäßigt-national-säkular“ oder „radikal-islamisch“ auftreten – nur um das innenpolitische Ziel, das Assad-Regime zu stürzen. Ausländische Verbände, vor allem die beiden großen Al Qaida-Ableger Islamischer Staat (IS) und Nusra-Front, kämpfen dagegen für die transnationale Durchsetzung ihres extremen Islamverständnisses. Für sie ist Damaskus nur eine Zwischenstation auf ihrem anti-westlichen Dschihad und Syrien als zerfallender Staat ein optimales Sammel- und Rekrutierungsgebiet.

Allerdings unterscheiden die Syrer auch zwischen dem IS und der Nusra-Front. Während der IS überwiegend aus Nicht-Syrern besteht, rekrutiert die Nusra-Front vor allem Einheimische. Der IS expandierte aus dem Irak nach Syrien, um dort möglichst viel Territorium für sein Kalifat zu gewinnen. Dafür ging er in die Regionen, aus denen die Opposition das Assad-Regime bereits vertrieben hatte, und griff die Rebellen an, was Assad sehr gelegen kam.

Dagegen hat sich die Nusra-Front von Anfang an dem Kampf gegen das syrische Regime verschrieben. Dank ihres internationalen Al Qaida-Netzwerkes ist sie besser ausgestattet als die syrischen Brigaden und gilt als mächtigste Gruppe unter den Assad-Gegnern. Vielerorts brauchen Syriens Rebellen – gemäßigte und islamistische – deshalb die militärische Unterstützung der Nusra-Front, um die Truppen des Assad-Regimes zu konfrontieren.

Hauptfluchtgrund: Assads Bomben

Der Kampf gegen den Terror ist zum bestimmenden Thema in Syrien geworden. Die pro-

fessionell in Szene gesetzten Schrecken des IS – das Köpfen ausländischer Journalisten oder öffentliche Massenhinrichtungen – widern uns so an, dass wir den Massenmord des Assad-Regimes verdrängen. Dabei ist das, was Assads Schergen machen, nicht besser als der Terror von IS. Ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit – erstochene Kleinkinder, Massenvergewaltigungen, zu Tode gefolterte Gefangene, Aushungern ganzer Stadtteile, Fassbomben auf Wohngebiete sowie gezielte Angriffe auf Krankenhäuser, Schulen und Marktplätze – sind noch dazu systematisch. Der einzige Unterschied ist, dass der IS sich mit den Gräueltaten brüstet, während Assad sie verleugnet.

Mehr als siebenmal so viele Zivilisten sterben in Syrien durch die Luftangriffe des Regimes als durch den IS. Der Hauptfluchtgrund der Syrer sind die Bomben Assads. Seitdem dieser von russischen Kampffjets unterstützt wird, haben die Syrer endgültig jede Hoffnung verloren. Zehntausende werden sich weiter auf den Weg nach Europa machen. Fragt man Syrer, was sie von einer Flucht abhalten würde, und Vertreter der Zivilgesellschaft nach ihrer dringendsten Forderung, ist die Antwort stets die gleiche: Schutz durch Flugverbotszonen. Diese würden Menschenleben retten, Flüchtlingen eine Rückkehr ermöglichen und der Opposition den nötigen Raum für den Aufbau einer neuen Ordnung bieten. Schutzzonen sind der Schlüssel zu einer politischen Lösung in Syrien. Ohne sie keine Alternative zu Assad. Und ohne einen Übergang in Damaskus kein Sieg über den IS.



Kristin Helberg studierte Politikwissenschaft und Journalistik in Hamburg. Nach mehreren Jahren beim NDR ging sie 2001 nach Damaskus, wo sie bis 2008 lebte und die erste offiziell akkreditierte westliche Korrespondentin war. Heute arbeitet sie als freie Journalistin und Nahostexpertin in Berlin, u. a. veröffentlichte sie das Buch „Brennpunkt Syrien. Einblick in ein verschlossenes Land“.

Abwehr statt Offenheit

Zur Situation der Flüchtlinge in Deutschland

Flüchtlinge, Asylbewerber – die gewaltige gesellschaftliche Herausforderung lässt wenig Raum für die notwendige Präzision in den öffentlichen Debatten. Deshalb zu Beginn der Versuch einer kurzen begrifflichen Klärung.

Als Flüchtlinge gelten in Deutschland jene Menschen, die nach den Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention (<http://tiny.cc/7vi85x>) eine begründete Furcht vor Verfolgung in ihrem Heimatland haben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) prüft die Voraussetzungen nach Artikel 3 des Asylverfahrensgesetzes. Ein anerkannter Flüchtling erhält zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre und eine Arbeitserlaubnis. Nach dieser Frist wird der Schutzstatus überprüft. Wird die Anerkennung nicht widerrufen, kann der Flüchtling eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten.

Asylbewerber befinden sich in einem Asylverfahren. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bearbeitet ihre Anträge nach Artikel 16a des Grundgesetzes individuell. Prinzipiell steht Asyl allen Menschen zu, die politisch verfolgt werden. Seit einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2012 haben auch Menschen, die wegen der öffentlichen Ausübung ihres Glaubens verfolgt werden, ein Recht auf Asyl. Sogenannte „allgemeine Notsituationen“, wie Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder Perspektivlosigkeit, sind keine Gründe für Asylgewährung. Auch Asylberechtig

te erhalten eine befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, die nach drei Jahren überprüft wird.

800.000 Flüchtlinge in Deutschland hatte das Bundesinnenministerium im Sommer für das Jahr 2015 vorausgesagt. Diese Zahl wurde bereits Ende Oktober mit 758.500 beinahe erreicht – wenn man die Verzögerungen bei der Registrierung berücksichtigt, dürften die 800.000 mittlerweile übertroffen sein. Innerhalb dieses Zeitraums haben 362.153 Menschen einen Asylantrag gestellt. Über 205.265 dieser Anträge fällte das BAMF eine Entscheidung: 61.412 davon entfielen auf Menschen aus Syrien (Schutzquote, also Gewährung des Asyls, 93,2 Prozent), 28.353 auf Bewerber aus dem Kosovo (0,2 Prozent) und 27.780 Entscheidungen auf Menschen aus Albanien (0,4 Prozent).

Verschärfung des Asylrechts

Die ursprüngliche Regelung des Grundgesetzes von 1949 bestand nur aus vier Worten: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Diese einschränkungslose Regelung war die Schlussfolgerung aus der Exil- und Verfolgungserfahrung der Nazizeit. Das heutige deutsche Asylrecht hingegen ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen politischen Abwehrhaltung und der Einschränkungen beim Begriff der politischen Verfolgung. Es ermöglicht unter anderem die

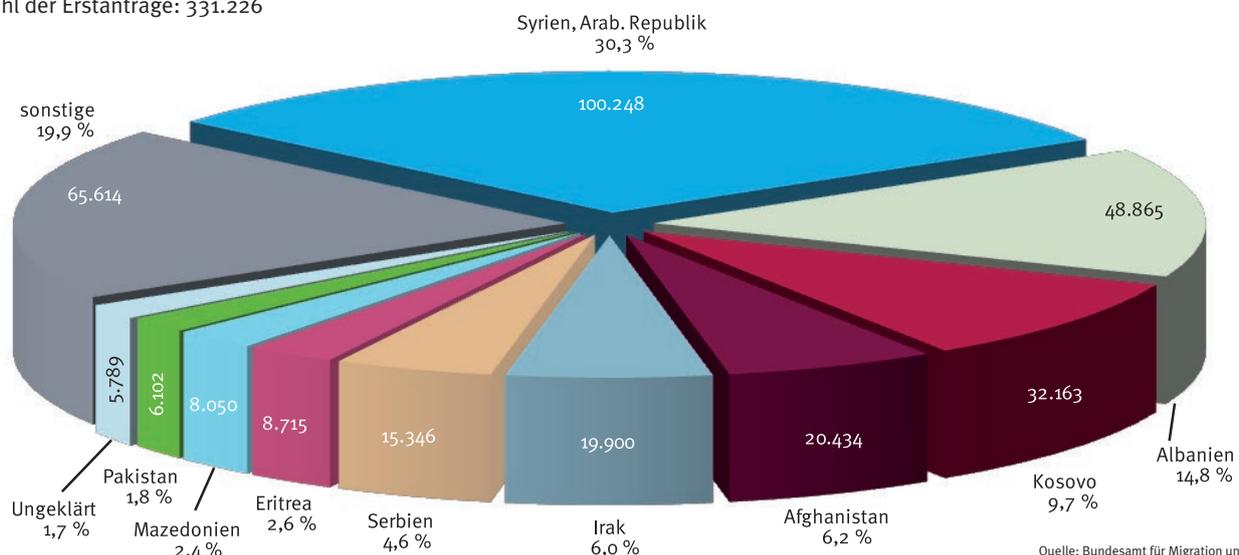
Verweigerung des Asyls für Flüchtlinge, die sich bereits in einem „sicheren Drittstaat“ aufgehalten haben.

Nach heftigen Diskussionen haben Bundestag und Bundesrat im Oktober 2015 das „Gesetz zur Asylverfahrensbeschleunigung“ verabschiedet. Dahinter verbirgt sich ein ganzes Bündel an Maßnahmen, von denen einige weitgehend auf Zustimmung gestoßen sind. Dazu gehören die Beschleunigung der Asylverfahren auf maximal drei Monate, die Aufstockung des Personals im BAMF, die Öffnung der Integrationskurse für Asylsuchende und Geduldete sowie die finanzielle Entlastung der Länder mit 670 Euro monatlich pro Flüchtling. In Deutschland wird nach dem „Königsteiner Schlüssel“ festgelegt, welchen Anteil der Asylbewerber jedes Bundesland aufnehmen muss. Dieser Schlüssel wird jährlich anhand der Bevölkerungszahl und der Steuereinnahmen der Bundesländer neu berechnet.

Andere Neuregelungen dagegen stoßen auf massive Kritik. So sei die Entscheidung, Asylsuchenden, die in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, Sachleistungen statt der bislang 143 Euro Taschengeld zu geben, unwürdig und kaum praktikabel. Der bürokratische Aufwand, Anträge für Busfahrten oder Telefonate in die Heimat zu bearbeiten, sei viel zu hoch. Ebenso scharf kritisiert werden der auf sechs Monate verlängerte Aufenthalt in den Erstauf-

Hauptherkunftsländer im Zeitraum 1. Januar bis 31. Oktober 2015

Gesamtzahl der Erstanträge: 331.226



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

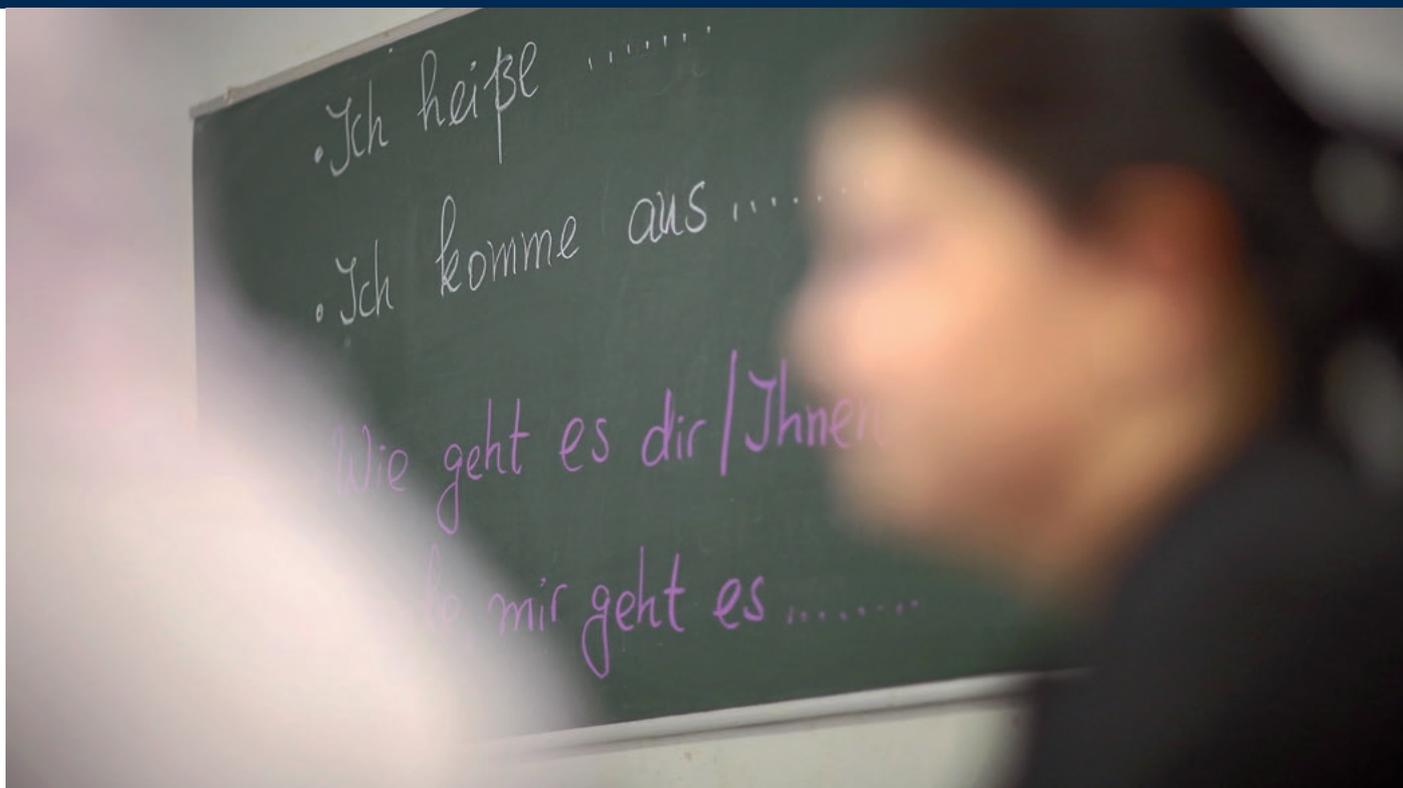


Foto: Fredrik von Erichsen

Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten Integrationskurse stehen seit dem 24. Oktober auch Asylbewerbern und Geduldeten mit guter Bleibeperspektive offen.

nahmeeinrichtungen, die massiven Leistungskürzungen für abgelehnte Asylbewerber und die Abschiebung ohne Vorankündigung.

Sichere Herkunftsstaaten?

Das neue Gesetz erklärt Albanien, Montenegro und das Kosovo zu sicheren Herkunftsstaaten. Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern werden künftig in einem beschleunigten Verfahren bearbeitet. Ohne Frage ist die Bevölkerung in diesen Ländern in einer weitaus besseren Situation als etwa die Syrer. Dennoch gibt es auch in diesen (und weiteren) Ländern Bevölkerungsgruppen, die massiv diskriminiert werden und faktisch entrechtet sind. Dazu gehören vor allem Sinti und Roma. Sie werden es nun in Deutschland wesentlich schwerer haben, als Asylberechtigte anerkannt zu werden.

Die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL kritisiert vor allem, dass das neu geschaffene Eilverfahren auch für Flüchtlinge mit angeblich „fehlender Mitwirkungsbereitschaft“ gelte. Diese werde vor allem jenen Flüchtlingen unterstellt, die ohne Papiere einreisen. Damit habe die Bundesregierung ein „Nadelöhr“ geschaffen, das nach politischem Gutdünken auf immer mehr Flüchtlingsgruppen ausgeweitet werden könne.

Heftige Reaktionen hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit seinem Vorschlag ausgelöst, Flüchtlingen aus Syrien nur noch einen subsidiären, also eingeschränkten Schutz zu gewähren. Damit erhielten sie

nur noch eine Aufenthaltsgenehmigung für ein Jahr und dürften keine Familienangehörigen nach Deutschland nachholen. Zwar musste der Innenminister seinen Vorschlag zunächst als „Alleingang“ wieder zurücknehmen, doch bei anhaltend hohen Flüchtlingszahlen dürften die Diskussionen bald wieder hochkochen.

Chancen nutzen

Die Flüchtlingsdebatte dreht sich vor allem um Probleme. Dabei bietet sie auch Chancen, die mit ein wenig politischer Fantasie genutzt werden könnten. So werden Bürgern aus Staaten außerhalb der EU, die zum Zwecke der Arbeitsaufnahme nach Deutschland kommen wollen, bislang größte Hindernisse in den Weg gelegt. Es ist das gute Recht eines jeden Staates, diese Art der Einwanderung zu regeln und an den eigenen Interessen auszurichten. Aber die bisher bestehenden Möglichkeiten, wie etwa die „Blue Card“, beziehen sich lediglich auf hochqualifizierte akademische Fachkräfte und Manager mit Gehaltserwartungen, die weit über dem deutschen Durchschnitt liegen.

Abgesehen von den Problemen der Anerkennung seiner berufsbildenden Abschlüsse hat etwa ein Facharbeiter oder Handwerker aus einem der Balkanstaaten größte Probleme, nach Deutschland einwandern und hier Arbeit aufnehmen zu dürfen. Deshalb sind Initiativen wie die der Bundesarbeitsministerin zu begrüßen, legale Wege der Zuwanderung für solche Fachkräfte zu öffnen.

Dies hätte eine ganze Reihe von Vorteilen: Es wäre sofort ein Beitrag zur Minderung des Zuwanderungsdrucks aus den Balkanstaaten. Der Verwaltung würde die Bewältigung zahlreicher Asylverfahren ohne Erfolgsaussicht ebenso erspart wie den betroffenen Menschen elende, zum Teil entwürdigende Prozeduren und Wartezeiten. Gerichtsverfahren nach vergeblichen Asylersuchen wären nicht erforderlich. Versuche, sich illegal in Deutschland durchzuschlagen, würden vermindert, Abschiebungen reduziert. Und die Wirtschaft gewönne Arbeitskräfte, die sie dringend benötigt.

Verschiedene Fachleute und Wirtschaftsforschungsinstitute verbinden mit den Flüchtlingen mittelfristig und langfristig große Chancen für die deutsche Wirtschaft beziehungsweise sehen in ihnen die seit langem erhoffte Verjüngung der zukünftigen Arbeitsbevölkerung. Natürlich kämen kurzfristig auf Staat und Gesellschaft Deutschlands die Kosten der Unterbringung, der Bildung und der Integration von Flüchtlingen zu. Aber deren Beiträge zu den Sozialsystemen würden die Kosten langfristig deutlich übersteigen.

Zum Schluss noch ein gutes Argument gegenüber furchtsamen oder fremdenfeindlichen Zeitgenossen: Nach einer von Bundesinnenminister de Maizière in Auftrag gegebenen aktuellen Lageübersicht des Bundeskriminalamtes und der Bundesländer werden Flüchtlinge im Durchschnitt genauso oft – oder selten – straffällig wie Vergleichsgruppen aus der einheimischen Bevölkerung.

Eberhard Neugebohrn/Bernd Pieper

Improvisieren

Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen

Von den prognostizierten mehr als 800.000 Menschen, die 2015 in Deutschland Zuflucht suchen sollen, müsste Nordrhein-Westfalen nach dem „Königsteiner Schlüssel“ 21,24 Prozent, also rund 170.000 Flüchtlinge aufnehmen. Eine gewaltige Herausforderung, denn Ende Oktober lag die Zahl der Plätze in Regel- und Notunterkünften bei 67.309. Und längst haben sich die Prognosen überholt: Nach Angaben von NRW-Innenminister Ralf Jäger hat Nordrhein-Westfalen bis zum 15. Oktober 2015 rund 201 000 Flüchtlinge aufgenommen.

Das Land verfügt über fünf Erstaufnahmeeinrichtungen in Bielefeld, Bad Berleburg, Burbach, Dortmund und Unna. Dort werden die Asylsuchenden registriert und nach einem möglichst kurzen Aufenthalt in den 21 Zentralen Unterbringungseinrichtungen sowie den aktuell mehr als 260 Notunterkünften untergebracht. Zuständige Institution beim Thema Asyl in Nordrhein-Westfalen ist die Bezirksregierung Arnsberg. Sie ist auch für die Verteilung und Zuweisung der Asylbewerber auf die 396 nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden verantwortlich. Die erfolgt nach einem festgelegten Verteilerschlüssel, der sich in erster Linie an der Bevölkerungsstärke einer Kommune orientiert.

So weit das Modell. Wenn aber – wie zuletzt – über einen längeren Zeitraum täglich rund 2000 Menschen nach NRW kommen, sind die Erstaufnahmeeinrichtungen mit der Registrierung überfordert. Deshalb kommen viele Flüchtlinge zunächst in eine Notunterkunft, bevor sie in einer der drei nordrhein-westfälischen „Registrierstraßen“ (in Bergheim bei Köln, in Herford und am Flughafen Münster/



Foto: Uni-Pressstelle /dpa

In der Turnhalle der Uni Siegen wurden während der vorlesungsfreien Zeit 150 Flüchtlinge untergebracht, weil die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes voll belegt sind.

Osnabrück) in das Computersystem „Easy“ (Erstzuteilung von Asylbegehrenden) aufgenommen werden. Erst dann können sie einer Kommune zugewiesen werden.

Das geschieht mitunter recht kurzfristig, und dann ist Improvisationskunst gefragt – etwa wenn, wie in Königswinter, innerhalb von 48 Stunden Plätze für 100 Flüchtlinge geschaffen werden müssen. Neben festen Gebäuden, Zelten und Containern setzen immer mehr Kommunen auf Holzunterkünfte, die schnell errichtet und winterfest gemacht werden können.

Der gute Wille und das Engagement in den Kommunen ist vielerorts beispielhaft, aber dennoch stoßen die Akteure zunehmend an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. So haben mehr als 200 Bürgermeister kleinerer Städte und Gemeinden in NRW in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die schwierige Lage bei der Unterbringung von Flüchtlingen hingewiesen. Selbst die Unterbringung in Zelten und Wohncontainern sei kaum noch zu schaffen, zudem werde das kommunale Personal durch den Betrieb der Unterkünfte stark belastet, schreiben die Bürgermeister nach einem Bericht der „Rheinischen Post“.

Die Landesregierung reagiert auf die angespannte Situation. Im Jahr 2016 steigen die Ausgaben für Flüchtlinge auf mehr als vier Milliarden Euro und werden so gegenüber 2015 verdoppelt. Davon gehen rund 2,6 Milliarden an die Kommunen. Für die eigenen Aufgaben des Landes bei der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen kalkuliert Finanzminister Norbert Walter-Borjans mit 705 Millionen Euro. Für 12.500 zusätzliche Plätze in der Offenen Ganztagsbetreuung sind 15,3 Millio-

nen Euro vorgesehen und für Projekte zur Kinderbetreuung und -integration sind insgesamt 35 Millionen Euro eingeplant.

Nordrhein-Westfalen folgt dem Beispiel von Bremen und Hamburg und führt 2016 als erstes Flächenland die Gesundheitskarte für solche Flüchtlinge ein, die bereits Kommunen zugewiesen wurden. Gesundheitsministerin Barbara Steffens unterzeichnete am 4. September mit acht Krankenkassen eine entsprechende Vereinbarung. Damit sollen die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen verbessert und die Kommunen entlastet werden. Bislang müssen sich Flüchtlinge noch einen Behandlungsschein im zuständigen Amt holen, und dort wird im Einzelfall entschieden, ob der Arztbesuch notwendig ist.

Nach dem „Gesetz zur Asylverfahrensbeschleunigung“, das der Bund im Oktober verabschiedet hat, dürfen abgelehnte Asylbewerber ohne Vorankündigung abgeschoben werden. NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft stellte am 23. Oktober beim 3. nordrhein-westfälischen Flüchtlingsgipfel mit rund 40 Vertretern von Kommunen, Wohlfahrts- und Flüchtlingsverbänden klar, dass NRW dies bei abgelehnten Asylbewerbern mit Kindern nicht umsetzen werde. In anderen Fällen, zum Beispiel bei allein reisenden Männern, werde NRW jedoch das Gesetz anwenden, so Landesinnenminister Jäger. Bis Ende Oktober hat NRW mit rund 3000 Abschiebungen mehr abgelehnte Asylbewerber zurückgeführt als jedes andere Bundesland. Bundesweit wurden bis Ende September rund 11.500 Menschen abgeschoben.

Bernd Pieper

Engagement in NRW

Wie die Zivilgesellschaft Flüchtlingen hilft

In vielen Kommunen ist die Situation aufgrund der wachsenden Zahl an Flüchtlingen angespannt. Doch die Hilfsbereitschaft ist nach wie vor groß, in vielen Initiativen engagieren sich Ehrenamtliche – mit Sachspenden, Deutschunterricht oder der Hilfe bei Behördengängen. Der Politikwissenschaftler Volker Mittendorf von der Universität Wuppertal hat im Gespräch mit dem WDR erklärt, dass ausländerfeindliche Stimmungen in NRW weniger stark ausgeprägt seien. Mehrere Einwanderungswellen in die Region an Rhein und Ruhr, der regelmäßige Kontakt mit Zugewanderten und mitunter auch die Einwanderungsgeschichte der eigenen Familie hätten, vor allem in städtischen Regionen, zu einer toleranten Grundhaltung geführt.

Dass es sich dabei um keine Selbstverständlichkeit von ewiger Dauer handeln muss, zeigt die Statistik der Angriffe auf Asylunterkünfte in Deutschland. Von den 461 Angriffen, die das Bundeskriminalamt 2015 bis Ende September registrierte, wurden 121 in NRW verübt – ein trauriger Spitzenplatz. Umso wichtiger ist es für die Zivilgesellschaft, mit einer vielerorts beispielhaften Willkommenskultur ein klares Zeichen gegen Fremdenhass zu setzen.

Die Landesregierung unterstützt die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer in den Kommunen mit dem Sofortprogramm „Zusammenkommen und Verstehen“ in Höhe von 1,5 Millionen Euro. Damit werden insbesondere Begegnungsräume und Informationsmaterialien für Flüchtlinge

und ehrenamtliche Helfer gefördert. Die Kommunen können die Mittel über die Kommunalen Integrationszentren beantragen und entweder selbst zur Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit einsetzen oder an ehrenamtliche Initiativen weiterleiten.

Von zentraler Bedeutung für eine echte Willkommenskultur und eine gelingende Integration in der Kommune ist ein funktionierendes Zusammenspiel von Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Hilfsinitiativen und engagierten Bürgern – zum Beispiel in Bad Godesberg, wo derzeit mehr als 1000 Flüchtlinge untergebracht sind. Der gut 73.000 Einwohner starke Bonner Stadtbezirk hat seit dem Umzug der Bundesregierung ohnehin mit regelmäßigen Auseinandersetzungen zwischen vor allem jungen Migranten und einheimischen Jugendlichen zu kämpfen, die durch das Theaterstück „Zwei Welten“ auch überregional bekannt wurden.

Und dennoch – oder gerade deshalb – platzte der Gemeindesaal des Pfarrzentrums St. Marien am Abend des 13. November aus allen Nähten. Der „Runde Tisch Flüchtlingshilfe Bad Godesberg“ – ein im Herbst 2014 von der Bezirksvertretung und den beiden christlichen Kirchen ins Leben gerufenes Projekt aus mittlerweile rund 30 Initiativen – hatte zu einem „Ehrenamtsforum“ eingeladen, um die offensichtlich vorhandene, umfassende Hilfsbereitschaft „in effektive Bahnen zu lenken“, so Wolf-

Nützliche Adressen

Der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen ist ein offenes und unabhängiges Netzwerk von Asylarbeitskreisen, Flüchtlingsinitiativen und -räten, Selbstorganisationen und Einzelpersonen. Er hat das „Netzheft 2015“ herausgegeben, in dem die Adressen der behördenunabhängigen Beratungsstellen und Initiativen für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen aufgeführt sind. Weitere Infos und Download unter www.fmrw.de.

Hilfen fürs Helfen

Mit der Online-Plattform www.ich-helfe.nrw will die NRW-Landesregierung die Hilfsangebote und den Hilfebedarf in der kommunalen Flüchtlingshilfe zusammenbringen. Die lokalen Initiativen können dort ihren konkreten Bedarf – zum Beispiel Sportbekleidung für ein Fußballturnier mit Geflüchteten – auführen und aktualisieren.

gang Picken, leitender Pfarrer des katholischen Seelsorgebereiches Bad Godesberg und Moderator des „Runden Tisches“.

Die Arbeitsgruppen, die sich an diesem Abend konstituierten, stehen für die wichtigsten Felder ehrenamtlicher Hilfe bei den Integrationsbemühungen. Dazu gehören Deutschunterricht und Sprachpatenschaften, Wohnraumkoordination und die Begleitung bei Behördengängen, aber auch Verwaltungsaufgaben wie die Auflistung der Sachspenden oder der Telefondienst im Büro des „Runden Tisches“.

Die Bonner Integrationsbeauftragte Coletta Manemann zeigte sich von der überwältigenden Hilfsbereitschaft beeindruckt. Sie bestärkte die künftigen Ehrenamtlichen – zu mehr als 80 Prozent Frauen –, sich nicht von anfänglichen Rückschlägen entmutigen zu lassen. Davon ist nach den intensiven Diskussionen des „Ehrenamtsforums“ nicht auszugehen, zumal auch die Bereitschaft vorhanden ist, einmal die Perspektive zu wechseln: „Wir müssen vor allem herausfinden, was die Flüchtlinge wollen“ – diese Aussage einer Teilnehmerin stieß auf große Zustimmung.



Foto: Bernd Pieper

In der ehemaligen Michaelschule in Bad Godesberg finden rund 100 Flüchtlinge eine vorläufige Unterkunft.



Foto: Miro May

Eine Schulklasse im Gandaria Slum in Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch

Die 2030-Agenda der Vereinten Nationen

Neuer Referenzrahmen globaler Nachhaltigkeitspolitik

Von Jens Martens

Ende September verabschiedeten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf einem Gipfeltreffen in New York die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Mit ihr haben die Regierungen den globalen Rahmen für die Nachhaltigkeitspolitik der kommenden 15 Jahre abgesteckt.

In der Bewertung ihrer neuen Agenda sparen die Regierungen nicht mit Superlativen. In ihrer Resolution sprechen sie von einer „äußerst ambitionierten und transformativen Vision“ und einer Agenda „von beispielloser Reichweite und Bedeutung.“

Im Mittelpunkt der neuen Entwicklungsagenda stehen die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Sie bestehen aus einem Katalog von 17 Oberzielen und 169 Zielvorgaben. Die SDGs basieren auf den universellen Menschenrechten und decken sowohl die soziale, ökologische und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung ab als auch die Bereiche Frieden und internationale Zusammenarbeit. Damit reichen sie weit über die bisherigen Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) hinaus, an deren Stelle sie ab dem 1. Januar 2016 treten.

Gemischte Bilanz der MDGs

Die MDGs dienten vor allem in den ärmeren Ländern des Südens als Referenzrahmen na-

tionaler Entwicklungsstrategien und avancierten für die bi- und multilateralen Geber in den vergangenen 15 Jahren zum Leitmotiv ihrer Entwicklungspolitik. Den MDGs wurden eine Reihe positiver Merkmale bzw. Wirkungen zugeschrieben: Aufgrund ihrer begrenzten Zahl waren sie leicht kommunizierbar. Ihre öffentlichkeitswirksame Konzentration auf die Bekämpfung der extremsten Formen von Einkommensarmut und die soziale Grundversorgung der Bevölkerung hat dazu beigetragen, mehr Mittel für die Armutsbekämpfung zu mobilisieren.

Tatsächlich lassen sich bei der Verwirklichung der MDGs einige Erfolge konstatieren: Die Zahl der Menschen, die in extremer Einkommensarmut leben, sank von 1,9 Milliarden (1990) auf unter 1 Milliarde (2015). Im Jahr 2000 gingen noch rund 100 Millionen Kinder weltweit nicht in die Schule. Bis 2015 hat sich ihre Zahl auf rund 57 Millionen nahezu halbiert. Die Rate der Müttersterblichkeit sank seit 1990 weltweit um 45 Prozent.

Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der Menschen, die nach der jeweiligen nationalen Definition in Armut leben – auch in vielen Ländern Europas. Und die Einkommens- und Vermögensungleichheit nahm sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb vieler Länder zum Teil massiv zu. Auf der Strecke blieben zudem in der MDG-Agenda die ökologischen Fragen.

Die MDGs waren umweltpolitisch nahezu blind und ein Rückschritt gegenüber umfassenderen Ansätzen nachhaltiger Entwicklung. Die besondere Verantwortung der Industrieländer und die Notwendigkeit einer Veränderung der dortigen Konsum- und Produktionsweisen blieben weitgehend ausgeblendet.

Neue Qualität der SDGs

Das Neuartige der SDGs besteht darin, dass sie universell gültig sind. Sie betonen die Notwendigkeit der Veränderungen im eigenen Land,

Neue Publikation des Global Policy Forum

Das soeben erschienene Arbeitspapier „Der Weg ist das Ziel“ stellt die Ergebnisse der 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung vor (Addis Abeba im Juli), analysiert die in der 2030-Agenda niedergelegten Beschlüsse zu ihrer Umsetzung und betrachtet kritisch, ob die Vorschläge genügen werden, um die umfassende Nachhaltigkeitsagenda zu verwirklichen.

→ Download unter
www.globalpolicy.org/publications/publications-in-german.html

verlieren aber gleichzeitig die internationale Verantwortung der reichen Länder nicht aus den Augen, insbesondere bei der Bekämpfung von Armut und Hunger. Die SDGs betreffen damit auch die deutsche Politik in dreifacher Hinsicht:

1) Der SDG-Katalog umfasst Ziele, die die interne Situation Deutschlands betreffen. Hierzu gehören u. a. Ziele, die sich aus den menschenrechtlichen Verpflichtungen ableiten, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung. Beispiele sind die Halbierung des Anteils der Armen in Deutschland und die Verringerung des Anteils der Jugendlichen ohne Schulabschluss.

2) Einige Ziele der 2030-Agenda adressieren die externen Effekte der deutschen Politik und Wirtschaft. Sie erfordern innenpolitische Maßnahmen, die auch unmittelbare Auswirkungen auf Menschen in den Ländern des Südens haben. Hierzu zählen Ziele zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, zur Veränderung nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen, aber auch zum Umgang mit Migrantinnen und Migranten.

3) Der SDG-Katalog enthält schließlich Ziele, die die internationale Verantwortung Deutschlands betreffen. Die entsprechenden Zielvorgaben betreffen, neben den klassischen entwicklungspolitischen Verpflichtungen (Stichwort 0,7-Prozentziel), alle Bereiche globaler Strukturpolitik (Handel, Investitionen, Finanzsysteme usw.).

Die SDGs sind keine Maximalziele. Sie sind der zum Teil widersprüchliche Kompromiss eines diplomatischen Aushandlungsprozesses zwischen den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Selbstverständlich steht es jedem Land frei, über die SDGs hinaus zusätzliche Ziele oder ambitioniertere Zielvorgaben zu definieren. Dies gilt auch für Deutschland.

Mehr als nur Ziele

Aber die 2030-Agenda ist mehr als nur ein Katalog von Entwicklungszielen. Die Regierungen waren sich grundsätzlich einig, dass sie in der neuen Agenda nicht nur die gemeinsamen Ziele für die kommenden 15 Jahre definieren können, sondern auch die Mittel und Wege beschreiben müssen, um diese Ziele zu erreichen. Umstritten blieb allerdings bis zuletzt, welche Mittel dies sein sollen und wer für ihre Bereitstellung verantwortlich ist.

Die in der Gruppe der 77 (G77) zusammengeschlossenen Länder des globalen Südens forderten als Voraussetzung für die Verwirkli-

chung der SDGs, die globale Partnerschaft zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern neu zu beleben. Darunter verstanden sie insbesondere die Verantwortung der klassischen Industrieländer für Entwicklungsfinanzierung, faire Handels- und Investitionsregeln, Technologieförderung und Kapazitätsaufbau.

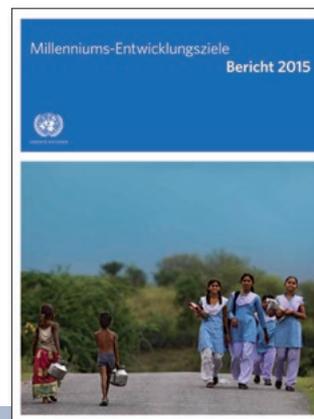
Die USA, die EU und ihre Verbündeten sprachen dagegen lieber von der gemeinsamen Verantwortung aller Länder jenseits der klassischen Nord-Süd-Dichotomie. Zugleich betonten sie, dass die Umsetzung der SDGs nicht allein Aufgabe der Staaten sein könne, sondern dazu neue (globale) Partnerschaften öffentlicher und privater Akteure notwendig seien.

Dass sich die 2030-Agenda nicht darauf beschränkt, einige hehre Ziele zu definieren, sondern auch die Mittel beschreibt, die zu ihrer Umsetzung benötigt werden, ist zweifellos ein Fortschritt gegenüber den MDGs. Der SDG-Katalog enthält allein 62 Zielvorgaben, die politische Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs nennen. Viele von ihnen wurden allerdings im Verhandlungspoker soweit verwässert, dass sich aus ihnen kaum spezifische Handlungsverpflichtungen ableiten lassen.

Knackpunkt nationale Umsetzung

Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg der 2030-Agenda und der SDGs wird daher die Umsetzung auf nationaler Ebene sein. Dazu müssen die Regierungen die allgemeinen Zielvorgaben in politische Handlungsstrategien und konkrete Zeitpläne übersetzen. Auch für Deutschland heißt das, die globalen Ziele und Zielvorgaben an die hiesige Situation anzupassen und die entsprechenden Indikatoren zur Fortschrittmessung auszuwählen. Dies wird auf Basis der Liste von SDG-Indikatoren der Statistik-Kommission der Vereinten Nationen geschehen, die im März 2016 verabschiedet wird.

Darauf basierend müssen die politischen Strategien und (Finanz-)Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele bestimmt werden. Ausgangspunkte dafür sind die nationale Nachhaltigkeitsstrategie sowie die jeweiligen Nachhaltigkeitsstrategien und entwicklungspolitischen Leitlinien der Bundesländer, so auch von Nordrhein-Westfalen. Die Bundesregierung hat die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie angekündigt, um sie mit der 2030-Agenda und den SDGs in Einklang zu bringen. Die reformierte Nachhaltigkeitsstrategie soll im Herbst 2016 im Kabinett verabschiedet werden.



Abschlussbericht zu MDGs

Ausführliche Informationen zur Umsetzung der Millenniumentwicklungsziele finden sich im 15. MDG-Bericht der Vereinten Nationen. Die deutsche Version steht im Internet als Download zur Verfügung unter <http://tiny.cc/rh85x>

Die politische Relevanz der 2030-Agenda wird sich daran zeigen, ob die Nachhaltigkeitsstrategien von Bund und Ländern auch die Mittel zur Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele systematisch abbilden. So wie die SDGs mit ihrem mehrdimensionalen Ansatz alle Politikfelder betreffen, muss auch ihre Umsetzung im Sinne einer kohärenten Gesamtstrategie zur Aufgabe aller Ressorts gemacht werden. Ob dies gelingt, wird auch davon abhängen, in welchem Maße Zivilgesellschaft und Medien die SDGs als Referenzrahmen nutzen, sie in der deutschen Öffentlichkeit bekannt machen und kontinuierlich von der Politik ihre Verwirklichung einfordern.



Jens Martens, Dipl. Volkswirt, ist Geschäftsführer des Global Policy Forums (New York und Bonn). Seit 2011 fungiert er als Koordinator der Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives. Daneben engagiert er sich bei Social Watch, einem weltweiten Netzwerk von Gruppen und NGOs, die sich mit Fragen der Armutsbekämpfung und sozialen Gerechtigkeit befassen.



Foto: Heinrich Pützler

Biber an einem Eifelbach

Erfolgsstory mit Konfliktpotenzial

Biber in Nordrhein-Westfalen

Für mehr als 100 Jahre war der Biber aus Nordrhein-Westfalen verschwunden. 1877 hatten Fischer an der Möhne das für lange Zeit letzte Exemplar erschlagen. Erst durch eine Aktion der Landesforstverwaltung kam das bis zu 130 Zentimeter lange und bis zu 30 Kilogramm schwere Nagetier am 15. Oktober 1981 nach NRW zurück. Drei Biberpaare aus der Zuchtstation der Polnischen Akademie der Wissenschaften wurden mit privaten Fahrzeugen und in speziellen Käfigen in die Eifel transportiert und in vorbereitete Baue bei Hürtgenwald freigelassen.

Die Tiere lebten sich gut ein, errichteten schon bald eigene Erdbaue und legten Wintervorräte an. Zwar wurde ein Weibchen 1982 auf einer Landstraße überfahren, doch im Sommer stellte sich der erste Nachwuchs ein. Ein weiteres Weibchen wanderte an die obere Kall ab und erhielt 1984 Gesellschaft durch ein erneut aus Polen importiertes Männchen. Trotz kleinerer Rückschläge breiteten sich die Eifelbiber weiter aus und besiedelten mit den Jahren das gesamte Einzugsgebiet der Rur.

Heute erobern die Biber das ganze Bundesland. Im Sommer 2015 meldete das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW knapp 700 Biber in rund 190 Revieren. Die meisten davon liegen in der Eifel und am Niederrhein, aber mittlerweile leben auch in Westfalen Biber. So gehen Experten von rund 25 Exemplaren entlang der Lippe und Glenne im Kreis Soest aus.

Andere Arten profitieren

Warum bauen Biber eigentlich Dämme, mit denen sie kleinere Fließgewässer anstauen? In erster Linie, um den Wasserstand über dem dadurch geschützten Eingang in ihren unterirdischen Bau konstant bei mindestens 60 Zentimetern zu halten. Biber legen meistens Erdbaue an, nur an kiesigen oder sehr flachen Ufern häufen sie viele Äste zu großen Burgen auf. In der Eifel lässt sich die landschaftsgestaltende Kraft der Biber mittlerweile in mehreren schattigen Waldtälern bewundern, die sie in

prächtige Gewässerlandschaften verwandelt haben.

In älteren Biberkolonien sind dort bis zu 30 Biberteiche, mit bis zu 50 Meter langen Dämmen, in Kaskaden aneinandergereiht. Mit den Jahren bildet sich in den Teichen eine Unterwasservegetation, die den Bibern Nahrung liefert. Biber sind reine Vegetarier, die sich im Sommer vor allem von Kräutern, Gräsern und Wasserpflanzen, im Winter von Rinden und Zweigen von Laubgehölzen, wie Weiden, Birken oder Buchen, ernähren.

Auch die Umgebung der Teiche verändert sich. Sie wird offener, Gehölze werden zurückgedrängt und feuchte Wiesenflächen entstehen. Von der Arbeit des Bibers profitieren auch andere Arten, wie Fischotter, Schwarzstorch und Eisvogel. „Untersuchungen der Biologischen Station Düren weisen alleine 30 Libellenarten, darunter seltene wie die Nordische Moosjungfer oder der Kleine Blaupfeil, rund um die Biberteiche nach. Auch zahlreiche Amphibienarten, etwa die gefährdete Geburts-

helferkröte, kommen hier in landesweit bedeutenden Populationen vor“, erzählt Biberexperte Lutz Dalbeck, stellvertretender Leiter der Biologischen Station im Kreis Düren.

Kostenlose Fachkraft

In seiner Funktion als „Ökosystemingenieur“, wie Lutz Dalbeck den Biber bezeichnet, ist der Nager auch ein fleißiger Kollege der Wasserwirtschaftsbehörden. Er pflegt die von ihm angelegten Teiche, befreit die Ufer von nachwachsendem Gebüsch und verbessert die Strukturvielfalt und Eigendynamik der Gewässer. Biberteiche führen zu erhöhten Niedrigwasserständen und reduzierten Hochwasserspitzen. Der Biber hilft kostenlos bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, die einen „guten ökologischen Zustand aller natürlichen Oberflächengewässer“ verlangt – und kann bei der Renaturierung auf „mehrere Millionen Jahre Erfahrung“ zurückgreifen, so Lutz Dalbeck.

Der Biber kommt in dicht besiedelten Regionen gut zurecht und kompensiert die Verluste durch den Straßenverkehr problemlos. Er arrangiert sich auch mit technisch ausgebauten Bächen und landwirtschaftlichen Intensivflächen, wo er seinen Speiseplan durch energiereiche Nahrung wie Mais oder Zuckerrüben ergänzt.

„Wo es dem Menschen gefällt, gefällt es auch dem Biber“, bringt Lutz Dalbeck die gemeinsame Vorliebe für hoch ertragsfähige Agrarstandorte auf eine einprägsame Formel. Doch genau da lauern auch potenzielle Konflikte, etwa wenn gewässernahe, landwirtschaftlich genutzte Flächen vom Biber unterhöhlt oder Felder durch Biberdämme überflutet werden. „Biber kümmern sich nicht darum, wer Anspruch auf das Land erhebt, auch nicht um behördliche Genehmigungen oder das Wasserhaushaltsgesetz“, so Dalbeck. Dafür zeige uns die Art sehr deutlich, wo wir Menschen zu nah am Wasser wirtschaften: „Hat ein Gewässer 20 bis 30 Meter Raum entlang der Ufer, sind Konflikte um gefälltete Obstbäume oder einbrechende Ufer kein Thema mehr.“

Konfliktmanagement

In Bayern leben derzeit rund 17.000 Biber. So weit sind wir in Nordrhein-Westfalen noch lange nicht, aber Lutz Dalbeck schätzt, dass in unserem Bundesland rund 10.000 Biber Platz hätten. Damit allerdings wären in einigen Regionen Konflikte zwischen Biber und Mensch vorprogrammiert. Rund um Düren, wo derzeit etwa 300 Biber leben, funktioniert das Konfliktmanagement durch die „Arbeitsgruppe Biber“ in der Biologischen Station bislang gut. „Wir reagieren schnell auf Anfragen, schauen

uns den konkreten Einzelfall an und suchen mit den Betroffenen pragmatische Lösungen“, sagt Dalbeck. Dann wird auch mal ein Damm versetzt oder ein biberdichter Rechen in einem zuvor durch Holz verstopften Auslaufbauwerk installiert.

Eine intelligente Planung könne manchen Konflikt bereits im Vorfeld verhindern, weiß Dalbeck. So sollten unmittelbare Uferbereiche nicht bebaut oder landwirtschaftlich genutzt werden. Eingebaute Gitter in den Dämmen von Hochwasserrückhaltebecken würden verhindern, dass Biber den Damm zerstören. Und das Landesumweltministerium müsse einen Managementplan mit Kriterien entwickeln, wo in NRW Biber einen geeigneten Lebensraum vorfinden können – und wo nicht.

Aufklären

Grundsätzlich ist der Biber als harmloses Pelztier ein Sympathieträger. Doch Lutz Dalbeck registriert bei öffentlichen Veranstaltungen eine leise wachsende Skepsis: „Werden das nicht zu viele, und machen die nicht irgendwann Probleme?“ Die überregionale Berichterstattung, etwa über Deichschäden in Brandenburg, zeige langsam Wirkung. Auch deshalb hat die Biologische Station im Kreis Düren jetzt ein Informations- und Bildungsprojekt gestartet, mit dem sie Hintergrundwissen über diese heimische Tierart vermitteln, ihre Relevanz für die Biodiversität verdeutlichen und so die Diskussionen um die Zunahme der Biberbestände sachlichen will.

Zentrale Bestandteile des Projektes sind Fortbildungen für Lehrer und außerschulische Multiplikatoren. „Darüber hinaus wollen wir Kinder und Jugendliche mit attraktiven Bildungsangeboten und durch die Übernahme von Biberpatenschaften für diese Tierart, aber auch für die Natur insgesamt begeistern“, erzählt Heidrun Düssel-Siebert, Geschäftsführerin der Biologischen Station. Wenn dies gelänge, sollten sich auch die Eltern von der Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz von Biber und Mensch überzeugen lassen.

Unsere Stiftung fördert das Projekt „Der Biber kommt“ mit 44.945 Euro.

➔ Weitere Informationen unter www.biostation-dueren.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3588



Foto: Lutz Dalbeck

Biberdamm in der Eifel

Leistungsschau und Ideenlabor

Die KlimaExpo.NRW

Mit dem „Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes“ hat sich Nordrhein-Westfalen im Januar 2013 als erstes Bundesland verbindliche Klimaschutzziele gesetzt. Zentrales Instrument auf dem Weg dorthin ist der Klimaschutzplan, der unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung entwickelt, im Sommer 2015 vom Kabinett gebilligt und dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Der Klimaschutzplan NRW enthält 154 Maßnahmen für den Klimaschutz und weitere 70 für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Die Energiewende – als zentrale Voraussetzung für erfolgreichen Klimaschutz – ist für Nordrhein-Westfalen eine enorme Herausforderung. Schließlich werden hier rund ein Drittel der in Deutschland entstehenden Treibhausgase emittiert, knapp ein Viertel des Stroms für Privathaushalte und 40 Prozent des Industriestroms verbraucht. Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Strommix war Ende 2014 mit rund elf Prozent noch nicht einmal halb so hoch wie in der gesamten Bundesrepublik.

1000 Schritte in die Zukunft

Um das technische und wirtschaftliche Potenzial für effektiven Klimaschutz in NRW zu präsentieren und zu fördern, hat die Landesre-

gierung 2014 die KlimaExpo.NRW ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich nicht um eine einmalige Veranstaltung, sondern um eine Leistungsschau und ein Ideenlabor für den Standort Nordrhein-Westfalen. Die Verantwortlichen der Initiative, die Expo Fortschrittmotor Klimaschutz GmbH, wollen sich dabei an einem klaren Ziel messen lassen: Bis 2022 sollen 1000 Schritte in die Zukunft – das sind innovative Projekte, Ideen und Maßnahmen zum Klimaschutz mit positiven wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Effekten – gesammelt und einem breiten Publikum nahe gebracht werden.

Besonders zukunftsweisende Projekte, die sogenannten „Vorreiter“, werden von der KlimaExpo NRW in vier „Themenwelten“ gegliedert: „Energie neu denken“, „Ressourcen schonen“, „Quartiere entwickeln“ und „Mobilität gestalten“. Zur letzteren Themenwelt gehört auch die „Nordbahntrasse“ in Wuppertal. „Hier haben Bürger gegen viele Widerstände aus zwei alten Bahnstrecken einen mehr als 20 Kilometer langen Rad-, Geh- und Skatingweg entwickelt“, so Julia Schwedes, Teamleiterin Öffentlichkeitsarbeit bei der KlimaExpo. Die „Nordbahntrasse“ leistet nicht nur einen Beitrag zur klimafreundlichen Mobilität: Ein modernes LED-Leuchtkonzept macht die ehemaligen Bahntunnel zu einem Rückzugsraum für Fledermäuse und andere Tiere. Pflanzaktio-

nen entlang der Trasse finden Nachahmer, erste Urban-Gardening-Initiativen sprießen aus dem Boden.

Einmal pro Jahr wird der Stand der Dinge im Rahmen einer zentralen Veranstaltung präsentiert. Wichtigstes Forum der Initiative ist die Internetseite www.klimaexpo.nrw, auf der die bis heute mehr als 120 gegangenen „Schritte“ ausführlich vorgestellt werden. Dazu gehören ambitionierte Großprojekte wie das größte zusammenhängende Fernwärmenetz Europas oder die „InnovationCity Ruhr“ in Bottrop, aber auch kleinere Initiativen wie die „Klimastraße“ in Köln-Nippes oder „Mr. Unplastic“ in Billerbeck.

Sehr erwünscht: Zivilgesellschaftliche Beteiligung

Die Zivilgesellschaft ist ausdrücklich aufgerufen, sich mit innovativen Ideen und Projekten an der KlimaExpo zu beteiligen, sagt Projektmanager Dr. Michael Walther: „Zu klein gibt es für uns nicht, und gerade aus zivilgesellschaftlichen Initiativen kommen häufig die innovativsten Ideen.“ Wichtig sei vor allem der nachhaltige, beispielhafte Charakter der Projektidee. Und gerade kleinere Gruppen mit begrenzten Ressourcen würden, über die Auszeichnung mit dem KlimaExpo-Logo hinaus, besonders von der Beteiligung profitieren, betont Julia Schwedes: „Wir bieten eine Bühne zur Selbstdarstellung und unterstützen die Organisationen bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.“

Unsere Stiftung fördert einige von der KlimaExpo ausgezeichnete Projekte, etwa das oben genannte „Mr.Unplastic“ zur Reduzierung von Plastiktüten, die Kampagne „Köln spart CO₂“ oder „Natur in graue Zonen“ des Wissenschaftsladens Bonn, und hat gemeinsam mit der KlimaExpo am 21. Oktober im Wissenschaftspark Gelsenkirchen ein Fachgespräch zu Beteiligungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure durchgeführt.

➔ Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen gibt es unter www.klimaexpo.nrw



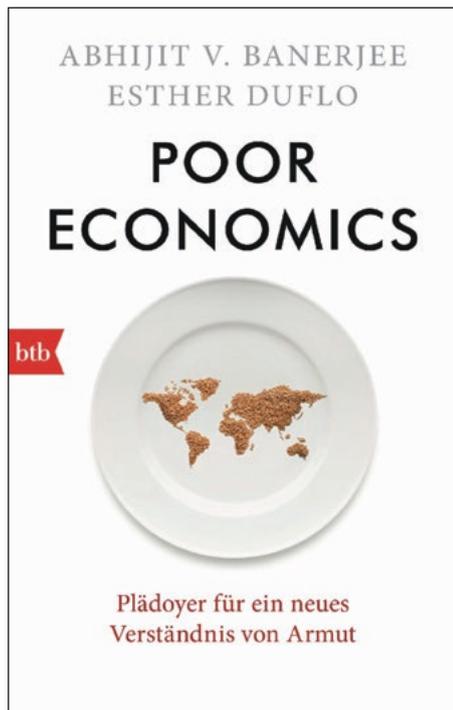
Die Nordbahntrasse in Wuppertal

Foto: KlimaExpo

Eine Mikroökonomie der Armut

Abhijit V. Banerjee/Esther Duflo: *Poor Economics*

Von Georg Krämer



Abhijit V. Banerjee/Esther Duflo:
Poor Economics. Plädoyer für ein neues Verständnis von Armut.
 Taschenbuchausgabe: BtB, München 2015, 382 S. 11,99 €

Esther Duflo, Ökonomin mit internationalem Renommee und zahlreichen wissenschaftlichen Auszeichnungen, eröffnet in ihrem mit einem indischen Kollegen herausgegebenen Buch einen etwas anderen Blick auf die Armut in der Welt. Statt Generaldebatten über Ursachen der Armut oder über Sinn und Unsinn der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zu führen, fordern die Autoren dazu auf, genauer hinzusehen, kritisch zu evaluieren, was tatsächlich zur Armutsverringerung beiträgt oder warum etliche gutgemeinte Maßnahmen der EZ nicht funktionieren. Im Mittelpunkt stehen hierbei empirische Erkenntnisse, die mittels Zufallsstichproben und Kontrollgruppen gewonnen und in diversen Ländern erhoben wurden.

Etliche dieser empirischen Befunde sind bemerkenswert – und sollten Folgen für die EZ haben. Dazu gehören zum Beispiel:

- Mehr Einkommen führt selbst bei den Unterernährten nicht unbedingt zu einer besseren Ernährung, sondern hat häufig Ausgaben für andere Bereiche zur Folge.
- Gesundheitszentren und Schulen funktionieren vor allem deshalb nicht, weil medizinisches Personal und Lehrer sehr häufig nicht an ihrem Platz sind.
- Die zweijährige statt einjährige Gabe von Entwurmungsmittel ist das beste Mittel, um den Schulbesuch zu verbessern (Kenia).
- Wenig Bereitschaft zur Beteiligung an Impfkampagnen und Vorsorge – bei gleichzeitig erheblichen Ausgaben für fragwürdige „Therapien“ (massenweise Antibiotika) – kennzeichnet das Gesundheitsverhalten vieler Armer.
- Mit der Finanzierung von Schuluniformen lassen sich Teenager-Schwangerschaften signifikant verringern.
- Mikrokredite und Bankkonten sind für viele Arme aufgrund starrer Regeln und erheblicher Zugangshürden kein realistisches Hilfsangebot.

Solche und andere Befunde haben die Forscher empirisch erhoben, stets verbunden mit der Frage, welche Maßnahmen den besten Effekt in die gewünschte Richtung haben. Moskitonetze – umsonst oder gegen Kostenbeteiligung –, Mitsprache bei der Bestellung von Lehrern, kleine Geschenke für die Beteiligung an Impfkampagnen? Selten gibt es den alleinigen „richtigen Ansatz“. Bemerkenswert aber ist die Sorgfalt, mit der die Autoren nach den Motiven der Armen für ihre Handlungsweisen forschen und zu verstehen versuchen, warum sie so handeln, wie sie handeln, auch wenn ihr Handeln vielfach ökonomisch unsinnig erscheint.

Auf der Ebene der Makroökonomie scheint es angesichts extremer Armut und Regierungsversagen oft keine Möglichkeiten zu geben, dass sich die Lage der Armen verbessert. Auf der Ebene der Mikroökonomie werden aber Spielräume trotz ungünstiger Rahmenbedingungen sichtbar: Die Veröffentlichung der Zuschüsse der Zentralregierung an die Schulen in den indischen Zeitungen verringert erheblich das Ausmaß, in dem diese Gelder unterschlagen werden. Schon die Ankündigung von Kontrollen führt zu einem verbesserten Anzeigenverhalten der indischen Polizei. Informationen über die Kandidaten, die zur Wahl stehen, verringern die Anzahl der Wähler, die nur nach Kastenzugehörigkeit oder ethnischer Herkunft ihre Wahlentscheidung fällen. Diese und ähnliche Maßnahmen kosten wenig und sind auch unter Bedingungen von Armut und schwachen Institutionen durchführbar.

Esther Duflo und Abhijit Banerjee plädieren für einen differenzierten Blick auf die Mikroökonomie der Armut. Zu viel in Entwicklungspolitik und EZ wird noch falsch programmiert, weil das Bild von den Armen Klischees folgt oder deduktionistisch von Globaltheorien abgeleitet wird. Das Buch ist nicht zuletzt deshalb lesenswert, weil es sich allen ideologischen Heimathäfen verweigert und uns zumutet, genauer hinzusehen.



Georg Krämer ist Referent für entwicklungspolitische Bildung im Welthaus Bielefeld und Fachpromotor für Globales Lernen des Landes NRW.

Glückwunsch!

Stiftungsfinanzier WestLotto feiert 60-jähriges Bestehen

Hoffen Sie auch allwöchentlich auf den Sechser im Lotto, der alle materiellen Sorgen beendet und manche Träume zur Realität machen könnte? Oder gehören Sie zu jenen nüchternen Zeitgenossen, die vorrechnen, dass die Wahrscheinlichkeit eines größeren Lottogewinns gegen Null tendiert? Wie auch immer: Wenn Sie zu einer von uns geförderten Organisation gehören, haben Sie auf jeden Fall schon vom Lotto profitiert, selbst wenn Sie noch nie einen Tippschein ausgefüllt haben. Denn der größte Teil der Fördermittel, die wir an Sie weiterleiten, stammt aus staatlichen Lottereeinnahmen.

Finanzquelle Glücksspiele

Die Landeszuweisungen an unsere Stiftung werden durch das Landeshaushaltsgesetz festgelegt. Sie kommen aus zwei Quellen: Aus an das Land abgeführten Glücksspiel- und Wettüberschüssen und seit 2011 auch aus Steuermitteln. Die Glücksspiel- und Wetterträge stammen aus den Einspielergebnissen von Fußball-Toto, KENO, Oddset Sportwette, Losbrieflotterie und Spiel77. Sie fließen zunächst in einen gemeinsamen Pool. Von dieser Ertragssumme wird ein Festbetrag von 1,25 Millionen Euro abgezogen, der Einrichtungen zum Kampf gegen die Spielsucht zugewiesen wird. Die verbleibenden Gelder werden nach einem Prozentschlüssel an die verschiedenen „Destinatäre“ – darunter auch unsere Stiftung – vergeben.

Diese Einnahmeposition des Landeshaushalts steht allerdings grundsätzlich unter dem Vorbehalt, dass auch tatsächlich entsprechend

hohe Lotterie- und Wetterlöse eingespielt werden. Sind die Einspielergebnisse niedriger, wird weniger Geld von der Landeslottogesellschaft an das Land abgeführt. Sind sie höher, wird mehr abgeführt. Zwischen 2011 und 2015 schwankten die jährlichen Zuweisungen aus Glücksspiel- und Wetterträgen an unsere Stiftung zwischen 2,4 und 3,5 Millionen Euro. Der Landtag beschloss 2013, von 2014 bis zum Ende der Legislaturperiode 2017 dieses Risiko aufzufangen und die entsprechende Ausgabeposition im Haushalt stabil zu halten, für unsere Stiftung bei 2,8 Millionen Euro. Eine Unterdeckung aus den Lotteriemitteln wird ggf. durch Steuermittel ausgeglichen. Das verschafft uns und anderen Empfängern dieser Zuweisungen eine höhere Planungssicherheit.

25 Milliarden für den guten Zweck

Staatliche und Landeslotterien gab es in Deutschland bereits im 19. Jahrhundert. Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete Berlin im August 1945 eine Stadtlotterie zur Förderung des Wiederaufbaus. Im gleichen Jahr startete in der sowjetischen Besatzungszone die sächsische Landeslotterie. Die westdeutschen Länder brauchten etwas länger: Am 30. Juni 1955 gründeten Hamburg, Schleswig-Holstein, Bayern und Nordrhein-Westfalen das Lottounternehmen Deutscher Lottoblock. Der NRW-Able-

ger, die heutige WestLotto, firmierte damals unter dem Namen Nordwestlotto. Die erste gemeinsame Ziehung von Lottozahlen, „6 aus 49“, erfolgte öffentlich am 9. Oktober 1955.

Seitdem gibt es nicht nur individuelle Gewinner, sondern auch einen Nutzen für die Allgemeinheit. „Elementare Bereiche unserer Gesellschaft, der Sport, die Wohlfahrt, die Kultur, der Denkmal- und Naturschutz werden seit 1955 mit Lottereerträgen umfassend unterstützt. Durch die Spieleinsätze aller WestLotto-Spieler können wir als Unternehmen in erheblichem Maße zur dauerhaften Finanzierung dieser tragenden Säulen unseres Bundeslandes beitragen. Dafür bedanken wir uns bei jedem einzelnen Lottospieler“, so Theo Goßner, Sprecher der Geschäftsführung von WestLotto.

Deutlich mehr als 25 Milliarden Euro Fördergelder sind in den letzten 60 Jahren für den guten Zweck in NRW zustande gekommen. Rund 40 Prozent der jährlichen Spielerträge fließen an 26 gemeinnützige Organisationen, darunter der Sportbund NRW und die NRW-Stiftung Natur, Heimat, Kultur. Aktuell liegt die Höhe der Unterstützung durch WestLotto in NRW bei rund 640 Millionen Euro pro Jahr. Danke dafür an die Lottospieler unter Ihnen – und viel Glück beim Tippen!





Fundraising für Umwelt und Entwicklung

Fachtagung mit Schwerpunkt
Aktiven- und Mitgliedergewinnung

Unsere Stiftung ist auch 2016 Mitveranstalter der jährlichen Fachtagung „Fundraising für Umwelt und Entwicklung“. Sie findet am 25. und 26. Januar in Münster statt, in der Akademie Franz Hitze Haus.

Auf dem Programm steht, neben dem klassischen Fundraising, also dem Einwerben finanzieller Mittel, die Frage, wie man neue Mitglieder gewinnen und Ehrenamtliche erfolgreich einbinden kann. Denn aktive Mitstreiter sind für umwelt- wie entwicklungspolitische Vereine und Initiativen ebenso wichtig wie finanzielle Ressourcen. Experten aus der Praxis stellen Modellprojekte vor und diskutieren mit den Teilnehmenden: Wie gewinnen wir neue Ehrenamtliche, was müssen wir tun, um sie gut zu betreuen und in unsere Arbeit zu integrieren?

Organisatoren der Fachtagung sind das Eine Welt Netz NRW, die Akademie Franz Hitze Haus, die Fundraising Akademie, der NABU NRW, die Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW und unsere Stiftung. Die Veranstaltung beginnt am 25. Januar um 18 Uhr und endet am 26. um 17 Uhr.

→ Weitere Informationen und Online-Anmeldung unter
www.franz-hitze-haus.de/info/16-204



Vertreterinnen und Vertreter der ausgezeichneten Einrichtungen bei der Feier am 22. Oktober 2015

Ausgezeichnete Arbeit

Neue Zertifizierung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

Am 22. Oktober wurden erstmals sechs Bildungseinrichtungen und eine Freiberuflerin in NRW als „Zertifizierte Einrichtung/Partnerin Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Bei einer Feier, die im Landschaftsinformationszentrum Wald und Wasser am Möhnesee stattfand, überreichte Viktor Haase vom Umweltministerium NRW ihnen jeweils eine Urkunde und ein Hausschild. Drei der Auszeichnungen gingen an von unserer Stiftung geförderte Einrichtungen: das Allerweltshaus Köln, die Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz Tecklenburger Land und das Naturgut Ophoven.

Die Auszeichnung wurde nach erfolgreicher Teilnahme an der Modellphase des Projektes „Qualitätsentwicklung und Zertifizierung außerschulischer Bildung BNE“ verliehen.

Faire Moschee

Einladung zum Fachtag

Am Sonntag, dem 24. Januar 2016, findet in Dortmund der Fachtag „Faire Moschee NRW“ statt. Veranstalter sind das Solinger Forum für soziale Innovation (FSI) und der Dortmunder Moscheeverein Wali aktiv. Der Fachtag ist Teil des von unserer Stiftung geförderten Projektes „Faire Moschee“. Es soll Moscheegemeinden in NRW motivieren, sich für Umweltschutz und Fairen Handel zu engagieren. Zentrale Bestandteile des Projektes sind eine Qualifizierungsreihe und eine Kampagne. Gleichzeitig wird eine Strategie zum landesweiten Ausbau des Projektes, zur Weiterentwicklung der Multiplikatoren-Ausbildung sowie zur internationalen Vernetzung partizipativ erarbeitet. Dabei soll ein Handlungskonzept „Faire Moschee“ entstehen, das Qualitätsstandards festlegt.

Es ist eines der fünf Leitprojekte der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung, die die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung weltweit in die nationalen Bildungssysteme integrieren will.

Ziel des Zertifizierungsprojektes ist es, Bildungsanbieter, zum Beispiel aus dem Umweltbereich, bei der Qualitätsentwicklung ihrer Bildungsangebote zu unterstützen und die gute Arbeit unter einem gemeinsamen Label für alle sichtbar zu machen. Die Modellphase wird mit Unterstützung des nordrhein-westfälischen Umweltministeriums von der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA NRW) koordiniert.

→ Weitere Informationen unter
www.bne-zertifizierung.nrw.de

Im Zentrum des Fachtags stehen die Fragen: Welche Rolle spielen Werte der Gerechtigkeit im Islam? Welche Instrumente können helfen, diese Werte ins Bewusstsein und in das Gemeindeleben zu bringen? Die Veranstaltung richtet sich an Vertreter von Moscheegemeinden und muslimischen Initiativen und an Interessierte aus Nichtregierungsorganisationen, Verwaltung, Politik und Wissenschaft.

→ Das Programm ist ab Mitte Dezember auf der Website www.fairemoschee.de zu finden;

Informationen auch bei der Projektleiterin Hafssa El Hasbouni, (E-Mail h.elhasbouni@fsi-forum.de).

Gemeinsam stark

Die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen



Foto: Martin Sorg

Feldwege in der Kulturlandschaft, ein LNU-Projekt

Die im Mai 1976 gegründete Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen (LNU) wurde 1980 als erster Naturschutzverband in NRW nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannt. Seither genießt die LNU, ebenso wie der NABU und der BUND, das Recht zur Beteiligung an bestimmten Zulassungsverfahren, die mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden sind. Koordiniert wird diese Mitwirkung durch das 1982 eingerichtete gemeinsame Landesbüro der Naturschutzverbände NRW.

Im Gegensatz zu den Einzelorganisationen BUND und NABU ist die LNU ein Dachverband von mehr als 90 Vereinigungen des ehrenamtlichen Naturschutzes mit rund 300.000 Einzelmitgliedern. Das Spektrum reicht von der Ameisenschutzgruppe NRW über den Lip-pischen Heimatbund bis zum Westfälischen Naturwissenschaftlichen Verein. „Diese Vielfalt unter einem Dach ist unser besonderes Kennzeichen“, betont LNU-Geschäftsführer Rainer Fischer. Davon würden insbesondere die kleineren, mit begrenzten Ressourcen arbeitenden Organisationen profitieren.

Die natur- und umweltschutzpolitischen Leitlinien der LNU sind von einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit verabschiedet worden und bilden die Grundlage für die Arbeit des Vorstandes und all jener, die im Namen der LNU Erklärungen und Stellungnahmen abgeben. Für die Mit-

gliedsverbände und deren Mitglieder geben diese Leitlinien eine Orientierungshilfe, welche Positionen in einem demokratischen Prozess erarbeitet wurden und mehrheitlich vertreten werden.

Trotzdem sei es nicht immer einfach, die unterschiedlichen Interessen zusammenzubringen, sagt Fischer – zumal bei Themen wie Windkraft im Wald, die gerade von Natur- und Umweltschützern kontrovers diskutiert werden. In solchen Fällen führt die LNU die unterschiedlichen Auffassungen in Arbeitsgruppen zu einem Kompromiss. „Größere Mitgliedsvereinigungen, die in sich schon komplex strukturiert sind, benötigen mitunter etwas länger für interne Entscheidungsprozesse“, beschreibt Fischer eine weitere Herausforderung. „Moderation und Organisation“ seien dann auch zentrale Aufgaben für ihn und die Landesgeschäftsstelle in Arnsberg. Das interne, von unserer Stiftung mit 105.200 Euro



Foto: Hans-Martin Kochanek

Umweltminister Johannes Remmel zu Gast bei der LNU

geförderte Projekt „Lernt Naturschutz untereinander – LNU!“ soll dazu beitragen, die Kommunikation und Kooperation der LNU-Mitgliedsverbände zu optimieren.

Daneben betreibt die LNU immer wieder eigene Projekte im Land, wie etwa „Schützenswerte Alleien in Nordrhein-Westfalen“, die „Kartierung und Bewertung von Feldwegen in der Kulturlandschaft“ oder die Erfassung und Erhaltung der „Fledermäuse auf der Burg Vogelsang“. Die beiden letzteren Projekte wurden von unserer Stiftung mit 70.400 Euro beziehungsweise 163.900 Euro gefördert.

Besonders wichtig ist der LNU die Umweltbildung: So beteiligt sie sich seit 1985 als Träger an der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) und ist, gemeinsam mit dem WDR, seit 13 Jahren der „Natur auf der Spur“ – mit von Experten begleiteten Exkursionen an besonders interessante Orte in NRW.

Die Naturschutzpolitik der derzeitigen Landesregierung beurteilt Fischer grundsätzlich positiv. Mit dem Landesjagdgesetz, der Biodiversitätsstrategie oder der laufenden Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes seien wichtige und überfällige Vorhaben angegangen worden. Aus Sicht des ehrenamtlichen Naturschutzes gebe es allerdings noch einigen Nachbesserungsbedarf, etwa bei der Mitwirkung in Landschafts- oder Naturschutzbeiräten: „Wie es aktuell aussieht, wird es dort auch künftig eine Parität zwischen Naturschützern und -nutzern geben.“ Das funktioniere mancherorts, führe aber auch immer wieder zu Blockaden und faulen Kompromissen, bei denen naturschutzfachliche Notwendigkeiten zu kurz kämen.

➔ Weitere Informationen unter www.lnu-nrw.de

Umgeblättert

Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften



Kunst ist ein Menschenrecht

„Kunst gehört zum Menschsein dazu... Im Sinne der persönlichen Freiheit ist Kunst ein Menschenrecht.“ So heißt es im Editorial der November-Ausgabe der Zeitschrift **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit**, in deren Zentrum „Künstler und ihre Werke“ stehen. Ein Thema ist der Einfluss von Kunst auf die gesellschaftliche Entwicklung, zum Beispiel durch Wandgemälde, die in Lateinamerika eine lange Tradition und eine nicht zu unterschätzende politische Funktion haben. Die individuellen und gesellschaftlichen Folgen von Zensur werden in zwei Artikeln behandelt: Zum einen geht es um die aktuelle Situation von Künstlern in China, zum anderen um den südsudanesischen Filmemacher und Journalisten Ochan Hannington, der ins Exil gehen musste.

Weitere Beiträge beschäftigen mit der steigenden Bedeutung von afrikanischer Kunst auf dem internationalen Kunstmarkt und mit der Möglichkeit, durch Kunst schwierige Lebenslagen besser zu bewältigen. Ein Beispiel ist das Projekt zweier deutscher Künstler, die mit Flüchtlingen im Libanon künstlerisch zu den Fluchtursachen Krieg und Klimawandel arbeiten.

Die E+Z wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von Engagement Global herausgegeben. Schwerpunkte der September- und Oktober-Ausgaben der E+Z waren „Politischer Islam“ und „Internationale NGOs“.

→ Weitere Informationen unter www.dandc.eu/de



Literatur aus Südostasien

Indonesien war in diesem Herbst Gastland der Frankfurter Buchmesse. Dies nimmt die Zeitschrift **südostasien** zum Anlass, sich in ihrer Ausgabe 3-2015 mit literarischen Texten und ihren gesellschaftlichen Kontexten zu befassen. Überblicksartikel informieren über das literarische Schaffen in Indonesien, Kambodscha und auf den Philippinen, andere Beiträge beschäftigen sich mit einzelnen Schriftstellern, zum Beispiel Tekkatho Phone Naing aus Myanmar, oder mit speziellen Genres, etwa Comics in Malaysia oder Kinderbücher in Thailand. Weitere Themen sind die Buchmärkte in Indonesien und Kambodscha, das öffentliche Lesen als politische Protestform in Thailand und die Werke von US-amerikanischen Schriftstellern, die während des Vietnamkriegs als Bootsflüchtlinge in die USA kamen. Ein besonderer Reiz des Heftes besteht darin, dass es auch eine Reihe literarischer Texte enthält: Gedichte und Kurzgeschichten, die zum Teil erstmals ins Deutsche übersetzt wurden.

Die Zeitschrift **südostasien** erscheint viermal jährlich und informiert über die Länder in dieser Region und ihre Beziehungen nach Europa. Herausgeber sind der Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e. V. und das Philippinenbüro e. V. in Zusammenarbeit mit der Stiftung Asienhaus.

→ Weitere Informationen unter www.asienhaus.de/suedostasien/



Reformen für mehr Naturschutz

Der Koalitionsvertrag der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist bei den Themen Umwelt und Naturschutz durchaus ambitioniert. Diverse Gesetze sollen reformiert werden, und jetzt zeigt sich, dass SPD und Grüne Wort halten. Das Klimaschutzgesetz definiert ehrgeizige Ziele, das Ökologische Jagdgesetz legt einen Schwerpunkt auf den Schutz des Waldes und der Wildtiere und die Biodiversitätsstrategie soll, gemeinsam mit dem künftigen Landesnaturschutzgesetz, den Rahmen für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Nordrhein-Westfalen liefern.

In der Ausgabe 3-2015 der Zeitschrift **Natur in NRW** werden das neue Jagdgesetz sowie die Biodiversitätsstrategie ausführlich vorgestellt. Beide Texte liefern eine gute Grundlage für die sachliche Diskussion über Eckpfeiler der aktuellen und künftigen Naturschutzpolitik des Landes. Ergänzt werden diese Beiträge unter anderem durch eine Bewertung des Vertragsnaturschutzes in NRW – eines kooperativen Naturschutzmodells, bei dem Landwirte für ökologische Bewirtschaftungsformen oder die Pflege wertvoller Biotope einen finanziellen Ausgleich erhalten.

Die Zeitschrift **Natur in NRW** erscheint viermal pro Jahr, wird vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) herausgegeben und bietet umfassende und aktuelle Informationen zu Themen des Naturschutzes in unserem Bundesland.

→ Weitere Informationen unter www.lanuv.nrw.de

... der interkulturellen Plattform The Global Experience?



Digital Partizipation Camp & Summit

Anfangen hat alles im Jahr 2005, zum Start der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung, mit einem entwicklungspolitischen Projekt am Schillergymnasium in Münster. Damals begann eine Gruppe von Schülern und Lehrern, zunächst unter dem Titel Solar Net International, Bildungsmedien zu produzieren und Jugendliche aus aller Welt für den interkulturellen Austausch über globale entwicklungspolitische Themen auf einer Internetplattform miteinander zu vernetzen.

Das Austauschforum wuchs seither durch seine verschiedenen Angebote zu einem dynamischen Netzwerk mit heute rund 10.000 Teilnehmenden aus 174 Nationen – „diese Dynamik war nicht unbedingt abzusehen“, freut sich Christoph Lammen, der das Projekt mit initiiert hat und heute als einer der Geschäftsführer von The Global Experience e. V. fungiert. Dazu beigetragen hat sicher auch das attraktive, von der Community eigenständig entwickelte Selbstlernkonzept, mit dem die Teilnehmenden mit Texten, Fotos und Videos aus ihrem privaten Umfeld und über ihr Land berichten. Dadurch helfen sie sich gegenseitig beim Erlernen fremder Sprachen, werden neugierig auf Kulturen und Lebensformen in anderen Ländern und entwickeln gemeinsame Projektideen.

Mit Hilfe des Internets fallen nicht nur die Grenzen zwischen Ländern, sondern werden auch soziale und gesellschaftliche Barrieren zwischen Menschen überwunden, die sich im realen Leben vermutlich nicht – oder nicht auf Augenhöhe – begegnen würden. Das Projekt unterstützt lokale Hilfsinitiativen, stellt techni-

sche Ausrüstung zur Verfügung und bindet so bewusst finanziell benachteiligte Jugendliche mit ein.

Mittlerweile ist The Global Experience weit über die ursprüngliche Austauschplattform hinausgewachsen, erzählt die zweite Geschäftsführerin Carina Schmid: „Andere soziale Medien, wie zum Beispiel Facebook, erlangen für den Austausch eine immer größere Bedeutung.“ Zu den weiteren Aktivitäten gehören internationale Praktika-Programme, Workshops und Austauschbegegnungen von Schulen sowie Jugendcamps. Seit 2012 kommen in Münster jeden Sommer für eine Woche rund 100 engagierte junge Menschen aus über 20 Nationen beim „Digital Partizipation Camp & Summit“ zusammen und entwickeln gemeinsam digitale Projekte für soziale und ökologische Themen.

Bemerkenswert ist die Vielzahl an Projekten, die unter dem Dach von The Global Expe-

rience entstanden sind. Dazu gehört das Online-Journalismusportal International Reporters (www.internationalreporters.org), bei dem rund 40 Nachwuchsjournalisten Geschichten engagierter junger Menschen jenseits der großen Schlagzeilen präsentieren. Dazu gehören auch „Youth in Dialogue“ und „Use your Voice and clarify“, die den Dialog zwischen christlich-säkularen Jugendlichen aus Europa und jungen Menschen aus arabischen, muslimisch geprägten Ländern fördern. „Gegenseitige Vorurteile werden durch direkte Begegnungen abgebaut“, betont Carina Schmid.

Unsere Stiftung hat verschiedene Projekte von The Global Experience seit 2008 mit rund 200.000 Euro gefördert. Darüber hinaus hat der Verein viele weitere Unterstützer gewonnen, darunter das Außenministerium, Brot für die Welt, der Katholische Entwicklungsfonds und die Angela-und-Helmut-Six-Stiftung. Carina Schmid führt diese Erfolge vor allem auf die gelungene Zusammenarbeit zwischen den Generationen zurück: „Die Mischung aus Jugendlichen, die ständig neue Projektideen entwickeln, und Menschen mit einer gewissen Erfahrung im Umgang mit Förderinstitutionen funktioniert bei uns gut.“

The Global Experience wurde bereits mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem World Summit Youth Award, dem European Youth Award oder als offizielle Maßnahme der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung. Und auch das impulsgebende Schillergymnasium entwickelt sich beständig weiter, gehört seit dem Schuljahr 2008/2009 zum Netzwerk der UNESCO-Schulen und verpflichtet sich damit, globale Themen und interkulturelles Lernen dauerhaft im schulischen Profil zu verankern und nachhaltig zu fördern.

➔ Weitere Informationen unter www.theglobalexperience.org



Deutsch-arabischer Dialog

Neu geförderte Projekte

16. August bis 15. November 2015
Fördervolumen: 1.034.113 €

Globales Lernen zu Lateinamerika Informationsbüro Nicaragua e. V. Schülerworkshops, Teamer-Schulungen, Multiplikatoren- und Lehrerseminare.	1.9.2015–31.12.2017 E-4899 30.250 €	Klimaschutz Community Köln KölnAgenda e. V. Weiterentwicklung des Online-Portals www.koeln-spart-co2.de, Wettbewerbe, Veranstaltungen, um Kölner zu CO ₂ -Einsparungen zu motivieren.	15.11.2015–15.8.2017 U-3611 40.175 €
Internetseite und Datenbank FilmInitiativ Köln e. V. Technische und inhaltliche Überarbeitung und Erweiterung von Filmdatenbank und Internetseite www.filme-aus-afrika.de.	1.7.2015–31.12.2016 E-4903 60.100 €	Neue Wege für die Bürgerenergiewende World Wind Energy Association Feldstudie, Veranstaltungen und Veröffentlichungen zur Rolle von Bürgerenergieprojekten bei der Energiewende in NRW.	1.9.2015–29.2.2016 U-3635 38.000 €
Engagement der Vielfalt 2015 Stiftung Partnerschaft mit Afrika e. V. Interkulturelle Workshopreihe für Jugendliche zum Afrika- und Deutschlandbild, Entwicklung von digitalen Medienkonzepten.	1.9.2015–31.12.2015 E-4919 13.477 €	Naturnahes Lernen in urbanen Gemeinschaftsgärten Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e. V. Workshops für Kinder zum biologischen Anbau von Pflanzen sowie Natur- und Umweltschutz.	1.10.2015–31.8.2016 U-3650 3.510 €
Afrika in Hamm Yes Africa e. V. Veranstaltungsreihe zur sozial- und entwicklungspolitischen Lage Afrikas und der aktuellen Migrationswelle.	1.9.2015–31.12.2015 E-4920 2.805 €	Riester-Rente: ökologisch und sozialverträglich? Facing Finance e. V. Untersuchung und Informationsangebote für Verbraucher zur Nachhaltigkeit von Riester-Rentenversicherungsprodukten, in Kooperation mit der Verbraucherzentrale NRW.	1.11.2015–31.10.2018 Z-5293 169.415 €
AFRIKA – Thesen, Themen und Temperament Deutsch-Afrika Ruhr Forum e. V. Werkstattgespräch im Rahmen der Interkulturellen Woche 2015 in Bochum zur politischen Lage in Regionen Afrikas.	15.9.2015–15.10.2015 E-4922 2.875 €	„Einfach ganz ANDERS“ – Schulen für Nachhaltigkeit BUNDjugend NRW Qualifizierungen und Beratungen für Multiplikatoren und Lehrer; Bildungsangebote an Ganztagschulen; Fachtagung; Weiterentwicklung von Materialien; in Kooperation mit dem Eine Welt Netz NRW.	1.5.2015–31.5.2017 Z-5304 284.582 €
Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg Afrika Kooperative e. V. Präsentation der Ausstellung „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ und Begleitprogramm.	14.9.2015–15.11.2015 E-4923 4.912 €	Weit weg – ganz nah: Klimawandel und Klimagerechtigkeit Institut equalita e. V. Auftritte von jungen Künstlergruppen aus Ländern des Südens und Begleitprogramme im Rahmen der „KinderKulturKarawane“.	1.8.2015–31.7.2017 Z-5317 83.720 €
Afrikatag Bonner Buchmesse Migration Deutsch-Afrikanisches Zentrum e. V. Lesungen, Diskussionen, Workshop und Veranstaltungen für Kinder, in Kooperation mit dem Allerweltshaus Köln.	1.9.2015–31.1.2016 E-4924 7.994 €	KonsumWandel on tour! Vamos e. V. Überarbeitung und Präsentation der Ausstellung „KonsumWandel“; Entwicklung einer Variante des dazugehörigen Bildungskoffers; Schulungen für Multiplikatoren und Lehrer.	1.8.2015–31.3.2016 Z-5323 27.401 €
Festveranstaltung 30-jähriges Jubiläum Aktionskreis Eine Welt Wuppertal-Ronsdorf e. V. Informations- und Bildungsveranstaltung zum 30-jährigen Bestehen des Eine-Welt-Ladens.	5.9.2015–5.10.2015 E-4927 1.370 €	Zertifizierungen in der Baumwollproduktion Südwind e. V. Institut für Ökonomie und Ökumene Recherche, Veröffentlichungen und Veranstaltungen zu sozialen und ökologischen Aspekten bei der Baumwollproduktion in Indien und ihrer Zertifizierung.	1.9.2015–31.12.2016 Z-5325 23.500 €
Donde están? Allerweltshaus Köln e. V. Aktionstag mit Kundgebung und weitere Veranstaltungen zum Thema „Gewaltsames Verschwindenlassen“, unter dem Motto „Donde están?“/Wo sind sie?	8.10.2015–31.1.2016 E-4929 3.900 €	Wasser ist Leben Deutsch-Indonesische Gesellschaft e. V. Theateraufführungen mit indonesischen Künstlern, Veranstaltungen und Aktionen zu Folgen der Wasserverschmutzung am Beispiel des Tobasees auf Sumatra.	15.8.2015–29.2.2016 Z-5326 30.000 €
Waldwelten – Interkulturelles Modellprojekt Naturschutzjugend NRW Träger e. V. Fortbildung, Veranstaltungen und Aktionen zur interkulturellen Umweltbildung und zum Naturschutz für Jugendliche im Großraum Düsseldorf.	1.11.2015–31.10.2017 I-6116 116.850 €	So viel du brauchst Institut für Kirche und Gesellschaft der Evang. Kirche von Westfalen Untersuchung und Veranstaltungen zu Erfahrungen von Menschen auf dem Weg zu einem nachhaltigen Lebensstil.	1.11.2015–30.11.2016 Z-5327 5.250 €
Flüchtlinge als Vermittler von Erfahrung und Wissen Netzwerk politikatelier e. V. Flüchtlinge mit Bleiberecht werden als interkulturelle Referenten für die deutsche entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit qualifiziert.	1.10.2015–11.12.2015 I-6118 7.972 €	Wohlstand statt Wirtschaftswachstum Vamos e. V. Veranstaltungsreihe in Münster zu Alternativen zum herrschenden Wirtschaftsmodell	1.9.2015–31.12.2015 Z-5328 3.080 €
Gemeinsame Verantwortung Förderverein Städtefreundschaft mit Jinotega e. V. Bildungsprogramm zum Thema Waldschutz im Rahmen eines deutsch-nicaraguanischen Schulpartnerschaftstreffens in Solingen.	1.8.2015–15.10.2015 I-6121 9.936 €	Bonn International Model United Nations 2015 Bonn International Model United Nations e. V. Einwöchige internationale Simulationskonferenz für Studierende zur Arbeit der Vereinten Nationen, unter dem Motto „Auf dem Weg zu Frieden und Gerechtigkeit?“.	1.10.2015–1.4.2016 Z-5331 4.986 €
Organisationsentwicklung Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung e. V. Überprüfung und Weiterentwicklung von Strukturen und Arbeitsweisen.	1.10.2015–31.1.2017 O-2327 9.578 €	Runder Tisch „Kohle und Kirchenbanken“ urgewald e. V. Die Veranstaltung soll Kirchenbanken motivieren, Investitionen zu beenden, die mit Kohleabbau und -verbrennung in Verbindung stehen.	21.10.2015–31.12.2015 Z-5334 3.530 €
Der Biber kommt Biologische Station im Kreis Düren e. V. Projekt zum Biber und seiner Bedeutung für die Biodiversität: Fortbildungen, Unterstützung von Biber- und Bachpatenschaften, Entwicklung inklusiver didaktischer Materialien.	1.11.2015–30.10.2017 U-3588 44.945 €		

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten,
ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich
(E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung,
U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank
auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de



Bericht Die Serversklaven

„Die Universität hat uns gesagt, dass wir unser Diplom nicht bekommen, wenn wir uns weigern.“ Das sagt eine von 25 Studierenden und Berufsschülern, die für den Bericht „Die Serversklaven“ interviewt wurden und die im Wistron-Werk in Zhongshan in Südchina Zwangspraktika absolvieren. Sie arbeiten bis zu fünf Monate unter Bedingungen, die gegen die ILO-Konvention gegen Zwangsarbeit und auch gegen chinesische Gesetze verstoßen.

Besonders bitter: Viele der Server, die die jungen Leute herstellen, werden von europäischen Universitäten gekauft, die ihren Studierenden eine gute Ausbildung ermöglichen wollen. „Die Serversklaven“ ist deshalb auch ein Appell an Unis und andere öffentliche Einrichtungen, ihre Beschaffung fair zu gestalten und ihren Einfluss auf die IT-Produzenten zu nutzen.

Herausgeber des Berichts sind die Stiftung Asienhaus, WEED und das Forum Umwelt und Entwicklung. Die Broschüre ist ein Bestandteil des Projektes „Stärkung zivilgesellschaftlicher Kompetenz zu China“, das von unserer Stiftung mit rund 99.000 Euro gefördert wird.

→ Download/Bestellung www.eu-china.net

Internet Unterrichtsmodule Globales Lernen

130 neue bzw. aktualisierte Unterrichtsmodule zu Themen der globalen Entwicklung bietet die Website www.Globales-Lernen-Schule-NRW.de. Die Module unterstützen den Unterricht in den Sekundarstufen und knüpfen an die NRW-Kernlehrpläne an. Ob Fairer Handel, Hunger, Klima oder SDGs – zu diesen und vielen weiteren Themen findet man inhaltliche Erläuterungen, didaktische Vorschläge und Links zu weiteren Infos und Materialien. Das Angebot wird von sieben Organisationen aus NRW bereitgestellt: Kindernothilfe, Misereor, Missio, Sternsinger, Unicef, Welthungerhilfe und Welthaus Bielefeld. Die Überarbeitung der Website wurde von unserer Stiftung gefördert.



Studien Baumwolle, Kautschuk, Palmöl

„Arbeitswelten“ heißt ein aktuelles Projekt von Südwind, das sich mit Wertschöpfungsketten und Arbeitsbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern befasst. Dies erfolgt am Beispiel dreier Rohstoffe, die für Verbraucher eine große Rolle spielen: Baumwolle, Kautschuk und Palmöl. Zu jedem dieser Rohstoffe hat Südwind in den letzten Monaten eine Studie veröffentlicht.

„Harte Arbeit für weiche Fasern“ beschäftigt sich mit Arbeitsrechtsverletzungen in indischen Baumwollentkernungsfabriken und entstand auf Basis einer Befragung von Fabrikarbeitern im Bundesstaat Gujarat. Die Studie will dazu beitragen, dass die Debatte über Arbeitsbedingungen in der textilen Lieferkette sich nicht auf Bangladesch und die letzte Verarbeitungsstufe, das Nähen von Bekleidung, beschränkt.

Um Kautschuk geht es in „Die Tränen des Baumes“ als Wirtschaftsgut“. Vor allem die Auto- und Flugzeugindustrie sind für die Herstellung von Reifen auf Naturkautschuk angewiesen, der meist aus Südostasien stammt. Die Produktion ist mit zahlreichen ökologischen und sozialen Problemen verbunden, etwa der Rodung großer Waldgebiete oder Menschenrechtsverletzungen bei der Anlage von Plantagen.

„Palmöl – der perfekte Rohstoff?“ lautet der Titel der dritten Studie. Palmöl ist inzwischen das wichtigste Pflanzenöl der Erde. Es wird nicht nur in Nahrungsmitteln, sondern auch für Wasch- und Körperpflegemittel, als Kraftstoff und in der chemischen Industrie verwendet. Aber der gängige Anbau als Monokultur birgt eine Menge Risiken und ist begleitet von großen Regenwaldverlusten. Hinzu kommen soziale Missstände, wie illegale Landnahmen. Unsere Stiftung fördert das Projekt „Arbeitswelten“ – Publikationen und Bildungsveranstaltungen – mit rund 25.000 Euro.

→ Download/Bestellung
www.suedwind-institut.de



Foto: Sai

Workshops der Stiftung 2016 Von Antrag bis Abrechnung

Unsere Workshop-Termine für 2016 stehen fest:
17. Februar, 24. Mai,
28. September, 7. Dezember

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in den Workshops beantworten. Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr.

→ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung mit den kompletten Kontaktdaten Ihrer Organisation per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an marion.ostermann@sue-nrw.de. Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

Impressum

Ausgabe November 2015 | ISSN 2196-9507



Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebhorn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn



Mit der Ausgleichszahlung für die CO₂-Emission wird ein Energieeffizienz-Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt.
Gedruckt auf Inapa Oxygen silk, FSC-zertifiziert, aus 100% Altpapier

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im Februar 2016.
Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de